

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pro Nummer...
Einzelnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf.
Abonnement: 1.10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Belegungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2.80 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Finnland, Italien, Jugoslawien, Rumänien,
Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Betragt für die sechsgezeigte Anzeigen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Bezugs-
und Benachrichtigungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
fort 20 Pf. (zwei- bis zweifachgedruckt
fort), jedes meiere Boer 10 Pf.
Erhellungsbild- und Zeichnungsan-
zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zahlen für zwei Worte. Interzelle
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Anzeigen sind
bis 7 Uhr abends gedruckt.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Dienstag, den 16. Februar 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die zurückgehenden Russen werden erfolgreich verfolgt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.
Russisch-amtliche Bestätigung des russischen Rückzuges.

Petersburg, 15. Februar. (W. L. B.) Der Stab des
Oberbefehlshabers hat gestern abend folgendes mit-
geteilt: Die Kämpfe rechts der Weichsel entwickelten sich stufen-
weise auf der Front von Mochowo (südwestlich Sierpc) bis zu
der Straße von Myschinez nach Ostrolenka; sie haben den
Charakter vereinzelter Teilgefechte. In der Gegend von Lpa,
Najgrad und Grajewo zeichnen sich die Kämpfe durch große
Spartnädigkeit aus. Weiter nördlich gehen unsere
Truppen auf die besetzte Kijemenlinie zu-
rück, gedrängt von starken deutschen Kräften. Links der Weichsel dauert das Geschützfeuer an. An der Nida
ist das feindliche Geschützfeuer zeitweise sehr stark.
In den Karpathen haben wir feindliche Angriffe ab-
gewiesen. In der Gegend von Gorlice und Szwidnik haben
wir uns der feindlichen Befestigungen von Smolnik, östlich von
Lupkow, bemächtigt und dort 18 Offiziere und über 1000 Mann
gefangen genommen und drei Maschinengewehre erbeutet.
Heftige Kämpfe sind im Gange auf der Front Luchla-Bischkow
und auf den Straßen nach Radworna.

Die Kämpfe in der Bukowina.

Wien, 15. Februar. (W. L. B.) Das „Neue Wiener Tag-
blatt“ meldet aus Burduseni: Die ganze Bukowina ist vom Feinde
besetzt. Nur bei Czernowitz sind die Russen beschränkt
in Erwartung weiterer Kämpfe, indes ist Czernowitz
selbst vollständig von den Russen geräumt. Unsere Truppen sind
bereits an den Stadttoren angelangt. Aus Widniz eingetroffene
Personen melden, die Russen hätten den Rückzug aus Kolomea an-
getreten. Sie leiden sehr unter Artilleriemangel. Mit Vertrauen
erwartet die Bevölkerung eine baldige Offensive gegen die Russen.
Der von den Russen in den Ostschloß Gurahumora, Simpolung
und Kadawy angerichtete Schaden ist außerordentlich groß. Die
österreichischen Behörden sind abends in Suczawa eingetroffen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Be-
richt vom 14. Februar, 3 Uhr nachmittags: In Belgien
beschossen die Deutschen Bad Neuport und unsere Schützen-
gräben in den Dünen und Ypern. Unsere Artillerie bekämpfte
die feindlichen Batterien. Zwischen Lys und Aisne zeitweilig
ausgehende Kanonaden. Bei Roulette wurde eine feind-
liche Abteilung, welche gegen unsere Schützengräben vor-
zugehen versuchte, durch das Feuer unserer Infanterie sofort
angehalten. In der Champagne entwickelte feindliche
Artillerie eine ziemlich intensive Tätigkeit an unserer Front
vor Reims. Die Stadt wurde wieder beschossen. Unser
Feuer auf die deutschen Schützengräben schien ziemlich gute
Ergebnisse zu erzielen. Zwischen den Argonnen und der Mosel
war der Tag ruhig. In Lothringen gingen deutsche
Kräfte gegen unsere vorgeschobenen Kräfte vor, welche Signal-
Deton nordöstlich Pont-a-Mousson innehaben. Die Kampf-
ergebnisse sind noch nicht bekannt. Im Elsaß ergriff der
Feind im Lautental mit zwei auf dem Süd- und Nordufer
des Flusses vormalshierenden Kolonnen die Offensive. Der
Vormarsch dieser Truppen wurde von unseren Schneeschuh-
patrouillen verzögert und gehemmt. Die Truppen sind augen-
blicklich in Fühlung mit unseren am weitesten vorgeschobenen
Linien. In den Vogesen herrscht heftiger Schneesturm.

Paris, 15. Februar. (W. L. B.) Gestern abend 11 Uhr
wurde amtlich mitgeteilt: Zwischen dem Meer und der Maas
ist kein Infanteriegefecht gemeldet worden. Artilleriekämpfe
in Belgien, zwischen Lys und Aisne und in der Champagne.
In Lothringen unternahmen wir im Gebiet von Pont-a-
Mousson Gegenangriffe auf den Feind, welcher Morroy
besetzt und auf der benachbarten Höhe Fuß ge-
fakt hatte; der Kampf dauert noch fort. Ueber die Ope-
rationen im Lautental, wo es sich ebenfalls um ein Vorposten-
geplänkel handelt, ist keine neue Nachricht eingelaufen.

Die Lage bei Reims.

Paris, 15. Februar. (W. L. B.) Nach Blättermeldungen
von der Nordfront hat das Artilleriefeuer der Deutschen in
ihren Stellungen bei Reims in den letzten Tagen wieder um

Die Meldung des Großen Hauptquartiers
Amtlich. Großes Hauptquartier, den
15. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Südlich Ypern bei St. Eloi entrissen wir
dem Feinde ein etwa 900 Meter langes Stück
seiner Stellung; Gegenangriffe waren erfolglos.
Ebenso mißlang ein Angriff des Gegners
in der Gegend südwestlich La Bassée, einige
Duzend Gefangene blieben in unseren Händen.
Den Vordringen, den wir am Sudelkopf am
12. Februar verloren hatten, haben wir wieder
gewonnen; aus Sengern im Lautental wurde der
Feind geworfen, den Ort Remspach räumte er
darauf freiwillig.

Oestlicher Kriegsschauplatz.
Nördlich Tilsit wurde der Feind aus Pikt-
pönen vertrieben und wird in Richtung auf Lau-
roggen weitergedrängt.

Diesseits und jenseits der Grenze östlich der
Seenplatte dauern die Verfolgungskämpfe noch
an, überall schreien unsere Truppen schnell vor-
wärts.

Gegen feindliche über Lomza vorgehende
Kräfte stoßen deutsche Teile in der Gegend von
Kolno vor.

Im Weichselgebiet gewannen wir weiter
Boden, Racionz ist von uns besetzt. In den vor-
hergehenden Kämpfen wurden neben zahlreichen
Gefangenen sechs Geschütze erobert.

In Polen links der Weichsel keine wesent-
lichen Veränderungen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 15. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 15. Februar 1915, mittags:
In Russisch-Polen und West-Galizien hat
sich nichts ereignet.
Die Kämpfe in den Karpathen sind weiter in vollem
Gange. In Südost-Galizien wurde gestern Rad-
worna in Besitz genommen, der Gegner in Richtung auf
Stanislaw zurückgedrängt.
Am südlichen Kriegsschauplatz keine Verände-
rung. Es herrscht, abgesehen von unbedeutenden Grenz-
gefechten, Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

an Festigkeit bedeutend zugenommen. Eine
ganze Reihe von Geschossen ist in die Stadt selbst gefallen
und hat großen Schaden angerichtet. Auch deutsche Flieger
erschiene wiederholt über der Stadt, warfen jedoch keine
Bomben ab.

Wie jedesmal, wenn eine neue Beschießung von Reims
gemeldet wird, zeigt sich auch diesmal die französische Presse
äußerst nervös. Die Fachleute üben schon seit geraumer Zeit
an den strategischen Maßnahmen des französischen Ober-
kommandos in dieser Gegend eine gewisse Kritik aus, soweit
dies bei den jetzigen Zensurverhältnissen möglich ist. Sie be-
haupten, daß die Beschießung von Reims den Deutschen nur
durch den Besitz von zwei unbedeutenden Höhenzügen er-
möglichst wird, die der Feind bei einer umsichtigeren Taktik
der französischen Heeresleitung schon längst hätte räumen
müssen. Ueberhaupt ist seit der Niederlage von Soissons das
bisher zur Schau getragene felsenfeste Vertrauen etwas
erschütterter, und die Rückzugsbewegungen der französischen
Truppen unmittelbar vor den Loren der Hauptstadt haben
bei den Parisern eine Art mißvergünstiger Reizbarkeit hervor-
gerufen, die sich in Kritiken aller Art zu äußern pflegt.

Die Beratungen
der französischen Partei.

Amsterdam, 14. Februar. (Privattelegramm des „Vor-
wärts“.)

Die „Humanité“ gibt über die am Sonntag stattgefundene
gemeinsame Konferenz der Föderationssekretäre, des Parteivorstandes
und der Fraktion einen im Sinn der offiziellen Parteipolitik
redigierten Bericht, aus dem immerhin durchscheint, daß auch die
Opposition in die Debatten eintritt. Die „Humanité“ sagt
das Eingreifen ihres Hauptredners auf der Konferenz, des Deputierten
Raffin-Dugens, in folgende Allgemeinheiten zusammen: Der
Redner formulierte eine Reihe von Kritiken über die Rolle
des Parteivorstandes und der „Humanité“,
kommentierte an der Hand des französischen Selbstbuchs der
diplomatischen Ursprung des Krieges und wog die Verantwortlichkeit
der kriegsführenden Mächte ab.

Guesde gab eine kurze Erklärung ab. Von Frieden
dürfte keine Rede sein, bis der deutsche
Imperialismus zerstückelt sei. Man müsse allem
Mäßigkeitsgerummel das Ohr verschließen. Auf der Londoner
Konferenz müsse man erklären, was bisher vielleicht nicht genug ge-
schah, daß man nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen den
deutschen Imperialismus streite. Man müsse ein neues Europa
schaffen, wo nur für die Begegnung der Klassen und nicht der Nationen
Raum sei. Ein derart vorbereiteter Franzosensieg sei ein Sieg
des Sozialismus.

Hervé sprach in dem gleichen Sinne; wenn eine halbe Million
Menschen getötet sei, so müsse dieses Opfer für den Sieg der Völker
und des Rationalitätsprinzips gebracht sein.

Edgar Milhaud forderte die Partei auf, zu betreiben, daß
die verbündeten Regierungen eine gemeinsame Erklärung
des Kriegsziele abgeben. Der Redner feierte die 1800 von
Rußland eröffnete, von Frankreich und England unterstützte Aktion
für die Einschränkung der Rüstungen und die Ein-
setzung der Schiedsgerichte. Jetzt sei die Stunde ge-
kommen, wo Frankreich, England und Rußland der Welt fundum
mühten, daß sie für die neue Völkerrechtsordnung und
die Organisation des Friedens streiten. Solche Er-
klärung werde Gewißheit geben, daß unser Sieg eine wahre Re-
volution des öffentlichen Rechts und der Triumph
unserer Ideen sei.

Die Hauptrede hielt Sembat. Er führte aus: Raffin sollte
begreifen, daß wir in dieser Stunde keine vollständige Geschichte des
Kriegsursprungs festzustellen haben. Der Krieg ist uns aufgebrungen
worden; namentlich muß man begreifen, daß in bezug auf die Ge-
rechtigkeit die deutschen und französischen Sozialisten nicht auf gleichem
Platz stehen. Die Deutschen protestierten nicht gegen die Verletzung
der belgischen Neutralität, die ein Attentat auf das Recht
bedeuten. Mit Deuten, die das leugnen, verhandelt man nicht. Wir
appellieren an die Kriegsteilnahme der Neutralen, weil wir das verletzte
Recht verteidigen. Diese Intervention würde den Konflikt räumlich
erweitern, aber zeitlich abkürzen. In London werden wir wohl von
Frieden sprechen, aber uns nicht zu einer Friedens-
propaganda hergeben, die nur ein deutsches Kriegs-
manöver wäre. Manche sagen, daß eine beginnende Wädig-
keit wahrnehmbar sei. Sie hat ihre moralische Ursache. Die
draufwärtigen Ueberreibungen, die Deutschlands Zerstückelung an-
drohten, bewirkten, daß uns ein Deutschland entgegensteht, welches
dem von 1818 ähnelt. Strupelvolle Leute in Frankreich fragten sich,
ob wir bloß die Verteidigung des Rechts verfolgen. Wir müssen in
London wiederholen, daß wir keine Eroberungen und keine Annexionen
wollen, sondern nur die Unabhängigkeit der Völker. Wir
müssen auch die materiellen Mäßigkeitsursachen durch ein gerechtes
Ablösungssystem der Fronttruppen bekämpfen. Wir können Eng-
land nicht genug dankbar sein. Rußland erleidet zurzeit einen
starken Druck, aber es widersteht bewundernswert. Ohne Ruß-
land wären wir überslutet worden. Denken Sie jedesmal
daran, wenn irgend eine Konsequenz des inneren Regimes dieses
großen Landes Sie betroffen macht. Vergessen Sie nicht, daß alle
Verbündeten gemeinsam für die Sache des Rechts kämpfen. Der
Zor hatte die Initiative ergriffen, indem er wie Jaurès vorschlug,
den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu
unterbreiten.

Die Konferenz billigte die Haltung des Parteivorstandes und
der Fraktion und beauftragte die Delegierten, ihre Haltung gemäß
den Ausführungen Guesdes und Sembats einzurichten.

Sembats Rede weist auf eine stärkere Opposition hin, als sie der publizierte Debattericht sichtbar macht. Abgesehen von dem anmahenden Ton gegen die deutschen Sozialdemokraten ist die Rede durch ihr der Partei auferlegtes Schweigegebot gegenüber der Inlandpolitik charakterisiert.

Dem entspricht, daß die Parteikonferenz, hier in der Konföderation der Gewerkschaften, nicht einmal die von der liebedienlichen französischen Regierung verfügte „Golos“-Unterdrückung verurteilte und über Burgew schwieg. Dieser neue Kurs findet Anerkennung in einem Leitartikel des von Rußland besprochenen „Figaro“, der Sembat beglückwünscht und sagt, man könne nicht besser seiner eigenen Partei antworten. Im Ganzen müsse man konstatieren, daß die Sozialisten nach vergeblichen Versuchen, den Krieg ihrem Programm anzupassen, dabei sind, ihr Programm dem Krieg anzupassen.

Der „Verner Tagwacht“ entnehmen wir folgendes:

Die Verhandlungen wurden mit einem langen Bericht des Parteisekretärs Dubreuilh eingeleitet. Er gab einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Parteiverhältnisse seit Beginn des Krieges. Der Bericht verweist auf die Anstrengungen Jaurès, um den Krieg zu verhindern. Jaurès versuchte nicht nur auf die französische Regierung einzuwirken, er verlangte von ihr auch, daß sie Rußland zur Mäßigung zwingt. Das erste unlängst veröffentlichte Telegramm des Jaren an Kaiser Wilhelm, worin vorgeschlagen wurde, es sei der österreichisch-serbische Konflikt dem Haager Schiedsgericht zur Erledigung zu überweisen, ist auf die Intervention von Jaurès zurückzuführen. Vor seinem Tode habe Jaurès die Auffassung gehabt, daß, wenn trotzdem der Krieg ausbrechen sollte, weder die sozialistische Partei Frankreichs noch das französische Volk oder seine Regierung irgendwelche Verantwortung treffen, da diese alles getan hätten, um eine friedliche Lösung des Konflikts zu erzielen. Dubreuilh verteidigte die Haltung der französischen Partei mit dem Hinweis auf das auch von der Internationale anerkannte Recht der nationalen Verteidigung. Auf Verlangen der sozialdemokratischen Partei hätte die französische Regierung vor Ausbruch des Krieges, als Deutschland bereits aggressiv vorging, die Truppen acht Kilometer von der Grenze zurückgehalten, um Zusammenstöße zu vermeiden. Nachdem noch bekannt wurde, daß Deutschland die Neutralität Belgiens und Luxemburgs verletzte, hätte die sozialistische Kammergruppe nichts anderes tun können, als den Kriegskrediten zuzustimmen.

Schon am 3. August wurde der Partei vorgeschlagen, Vertreter in das Ministerium der nationalen Verteidigung zu entsenden. Die Partei lehnte das ab. Erst zwei Wochen später, als der Feind gegen Paris marschierte, habe man sich dazu verstanden. Der Schritt sei nötig gewesen, um nach außen zu manifestieren, daß das französische Volk einig sei in der Abwehr der drohenden Gefahr. Zudem aber sei der Eintritt der Genossen Guesde und Sembat eine gewisse Garantie für die richtige Durchführung der nationalen Verteidigung und eine Sicherheit gegenüber reaktionären Versuchen, die die Republik und die demokratischen Rechte des Volkes in Gefahr setzten.

In der Nachmittagsitzung ergriffen zunächst die Delegierten der Provinzorganisationen das Wort. Ein Teil von ihnen, obgleich er der außerordentlichen Lage Rechnung trug, wandte sich gegen die Politik der Partei und warf die Frage auf, ob nicht eine Umkehr am Plage wäre, der überwiegende Teil aber billigte die Haltung der Partei und ihrer Vertreter.

Darauf folgten die oben im Auszug wiedergegebenen Reden von Guesde und Sembat.

Der Berichterstatter der „Verner Tagwacht“ bemerkt zum Schluß: „Wegen der vorgehenden Zeit wurden danach die Verhandlungen abgebrochen, nachdem noch über die Londoner Delegation einige Mitteilungen gemacht wurden. Was die offiziellen Funktionäre der Partei und die Vertreter anbetrifft, läßt sich zusammenfassend sagen, daß sie ebenso entschlossen sind zum Durchhalten wie die Wortführer der deutschen Sozialdemokratie . . .“

Das Bombardement von Veurne.

Amsterdam, den 15. Februar. (Z. U.) Die Verlegung des belgischen Hauptquartiers aus Veurne war bereits mitgeteilt worden. Nunmehr gibt der Berichterstatter der „Tijds“ in einem vom 8. datierten Brief auch die Gründe dafür an, ohne daß er ausdrücklich sagt, daß sie für die Verlegung des Hauptquartiers maßgebend waren. Seit 6 Wochen wurde Veurne bereits bombardiert, es fielen 2, 3, mal 6 Granaten auf die Stadt, ohne viel Schaden zu verursachen. Doch seit der Nacht vom 22. Januar begann das Bombardement ein ernsthaftes Aussehen zu bekommen. Seit diesem Tage beschießen die Deutschen die Stadt fortgesetzt.

Der Seekrieg.

Zum Handelskrieg durch Unterseeboote.

Hamburg, den 15. Februar. Das Wolffsche Depeschens-Bureau meldet: In den Kreisen der deutschen Seeschifffahrt wird bemerkt: Bei der bisher seitens Englands geübten Praxis und bei seinem Interesse, Konflikte zwischen Deutschland und neutralen Staaten herbeizuführen, ist es nicht ausgeschlossen, daß zur Erreichung dieses Zweckes ein oder mehrere neutrale Dampfer durch englische Unterseeboote absichtlich versenkt werden. Auch sind, soweit in diesen Kreisen bekannt wird, von England in großer Menge besonders Minen gegen deutsche Unterseeboote gelegt worden. Deutsche Fachleute glauben, diese Gefahren müßten die Neutralen eindringlich darauf hinweisen, das Kriegsgebiet zu meiden.

Die „Times“ über die neutrale Flaggenfrage.

Amsterdam, 15. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Times“ verteidigt die Siffing der Neutralflaggen, bemerkt jedoch, daß auch die freundschaftlichen Auseinandersetzungen mit Amerika vermeidbar gewesen wären, wenn die Admiralität und das Auslandsamt besser zusammengewirkt hätten. Es will uns nicht einleuchten, daß der Gebrauch der Neutralflagge, als die Admiralität ihn anriet, plötzlich so dringend war, daß alle anderen Erwägungen zurückgedrängt wurden. Das Auslandsamt kann manche dieser Erwägungen besser beurteilen als die Admiralität. Ein fortwährendes Zusammenwirken ist zur Vermeidung böser Schnitzer notwendig. Diesmal ist nichts Ernstes passiert und wird wahrscheinlich nicht passieren, aber der Zwischenfall ist eine gute Lektion.

Die „Lusitania“ unter englischer Flagge.

London, 15. Februar. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Die „Lusitania“ ist am Sonnabend von Liverpool unter englischer Flagge ausgefahren.

Auszeichnung der Rest-Besatzung der „Emden“.

Berlin, 15. Februar. (B. L. B.) Dem bisherigen Kommandanten S. M. S. „Aegha“, Kapitänleutnant v. Müde, ist das eiserne Kreuz erster Klasse und der ganzen Besatzung des Schiffes das eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen worden.

Der Krieg und die Kolonien. Portugiesische Verstärkungen für Angola.

London, 15. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Lissabon ist am 3. Februar eine neue Expedition von dreitausend Mann nach Angola abgegangen. Da die Deutschen aus Angola sich zurückgezogen haben, läßt die Vermehrung des Effektivbestandes, so sagt das Blatt, darauf schließen, daß die Portugiesen die Offensive gegen Deutsch-Südwestafrika ergreifen wollen. — Diese Nachricht wird in Deutschland mit ebensoviel Zweifel wie Ruhe aufgenommen werden. (B. L. B.)

Der türkische Krieg. Englische Befürchtungen.

London, 15. Februar. (Z. U.) Nach Depeschen aus Aden liegen dort eine Reihe englischer Transportschiffe aus Indien und Australien seit einigen Tagen fest. Es scheint, daß man aus irgendwelchen Gründen die Weiterfahrt nicht für sicher hält. Die Truppen auf den Transportschiffen sind zum größeren Teile für Ägypten, zum kleineren für den westlichen Kriegsschauplatz bestimmt. Die Garnison von Aden, die in den letzten Monaten sehr verstärkt worden ist, befindet sich in ständiger Alarmbereitschaft angesichts der feindseligen Haltung der Eingeborenen gegenüber den Engländern.

Türkische Erfolge in Mesopotamien.

Konstantinopel, 15. Februar. (B. L. B.) Die „Agence Mill“ erfährt aus Bagdad: Vorgestern fand zwischen den Vorposten des linken türkischen Flügels und englischer Infanterie und Kavallerie ein Zusammenstoß statt; die englischen Truppen zogen sich unter Zurücklassung von 17 Toten auf dem Kampfsplatz zurück. Auch den Truppen des rechten türkischen Flügels gelang es trotz des feindlichen Geschütz- und Maschinengewehrfeuers, bis an den Dattelwald bei Korna heranzukommen. Der Feind ist vollständig demoralisiert. Die Türken hatten nur fünf Verwundete. Bei anderen Angriffen gelang es den Türken, die kleine Festung Pirindi zu besetzen. Dabei sind ihnen 500 Kamelreiter als Beute in die Hände gefallen.

Zu den marokkanischen Kämpfen.

Rabat, 15. Februar. (B. L. B.) Meldung der Agence Havas. Im Sussgebiet hat ein Marokkanerführer, welcher unter den Tschabustämmen die Ruhe wiederherstellen sollte, einen glänzenden Erfolg erzielt, der beinahe eine gänzliche Unterwerfung der Aufständischen herbeigeführt hat.

Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Februar 1915. (B. L. B.) In der heutigen Sitzung der vergrößerten Budgetkommission wurde die Besprechung der wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen fortgesetzt.

Ein Kommissionsmitglied weist darauf hin, daß die wirtschaftliche Mobilmachung nicht rechtzeitig eingeleitet sei, man habe darauf gelebt, auch nicht überall die nötige Beweglichkeit zur Förderung der Einfuhr gezeigt. Wegen der Kartoffeln sei eine mäßige Preiserhöhung gerechtfertigt, weil dieselben durch die Lagerung an Gewicht verlieren. Davon Gemüse und Frühkartoffeln sei zu fördern, vielleicht unter Garantie eines Mindestpreises. Für den Ausgleich zwischen Osten und Westen müßten die Verkehrsbedingungen verbessert werden. Den Flottenfabriken für Papier und Gerste müsse die Möglichkeit der Vertriebsförderung gewährt werden. Bei der Verteilung von Brot müsse nicht zu schematisch vorgegangen werden. Man müsse für die Aufrechterhaltung schwächerer Erzeugnisse nach dem Kriege Sorge tragen.

Ein anderes Mitglied bemerkte, bedauerlich sei die lange Aufrechterhaltung des Schlachtwortes gewesen. Für die Festlegung der inländischen Futtermittel müsse gesorgt werden, auch müßten für die Verteilung angemessene Preise bestimmt werden. Besondere Sorgfalt sei durch die örtlichen Behörden darauf zu verwenden, daß keine Getreidevorräte verdirben. Die Unterverteilung werde nicht erhebliche Schwierigkeiten verursachen, in einzelnen Gegenden sei sie schon seit längerer Zeit organisiert. Die Anordnung der Beschaffung von Dauerwaren von Schweinen sei zweckmäßig, man müsse dafür sorgen, daß möglichst alle schlachtbaren Schweine unter wirtschaftlicher Ausnutzung geschlachtet würden, natürlich unter Erhaltung der Zuchttiere.

Ein weiteres Mitglied der Kommission hob die Bedeutung des Hafenertrags für die kleinbäuerlichen Besitzungen hervor, es werde dort viel für die Ernährung der Bevölkerung gebraucht, ferner die Notwendigkeit an Rindviehgepans und Zuchtkälber Hafer zu füttern. Für den Winterstand müsse Kupfernitrat beschafft, auch der Absatz der großen lagernden Meinnaräte gefördert werden. Der Arbeitermangel sei zunächst durch Verurlaubungen zu mildern. Die höheren Betriebskosten der Landwirtschaft seien ausreichend zu berücksichtigen.

Ein Kommissionsmitglied bemerkte, ein überreifes Abschließen ohne genügende Konservierungsmaßnahmen sei zu vermeiden. Bei den Konserverfabriken müßten die notwendigen Hilfskräfte und das Material für die Wäshen belassen werden. Ausreichende Kartoffelpreise wirkten zugunsten der Abschlagung. Besondere Berücksichtigung erfordere die Erhaltung der Landespferdezucht.

Ein anderes Kommissionsmitglied sagte die Punkte zusammen, in denen nach seiner Auffassung Einverständnis vorhanden sei. In der Frage der Wirtschaftspolitik betonte der Redner, daß er und seine Freunde freihändlerisch im Sinne einer internationalen Arbeitsteilung leblich nach Maßgabe der Produktionskosten nicht seien. Sie hätten für die Handelsverträge und für Erziehungszölle gestimmt. Die Meinungsverchiedenheiten bezögen sich auf einzelne Zollsätze und sonstige Bestimmungen. Man möge eine Frage des Rates und Grades nicht zu einer Frage des Prinzips machen.

Hierauf antwortete der Unterstaatssekretär im Finanzministerium auf eine Reihe von Anfragen und Anregungen einzelner Vorredner. Er wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Kommunalverbänden aus der Aufgabe erwüßten, die Verteilung der Vorräte unter die Konsumenten durchzuführen, vor allem, sie gerecht durchzuführen. Jeder Durchschnittsbetrag beruhe die Gefahr der Veranschlagung in sich und mache Ungerechtigkeiten unvermeidlich. Es werde die schwere Aufgabe der Kommunen sein, nach Möglichkeit auszugleichen. Die Kommunalverbände seien mit der Verteilung der ihnen zugewiesenen Vorräte ja nicht gebunden. Für die Anregung mehrerer Vorredner, die Stellung des Leiters der Kriegsgütergesellschaft unabhängig zu machen, sei er dankbar. Auch er halte es für erforderlich, die Zentrale stark und unabhängig zu machen, und andererseits

würde er gern dazu beitragen, durch Bestellung von Bezirksfachverständigen, tunlichst auch aus landwirtschaftlichen Kreisen, dafür zu sorgen, daß das Verständnis der schweren Aufgabe der Kriegsgütergesellschaft in alle Kreise dringe.

Ein Kommissionsmitglied besprach des näheren die Kartoffelverforgungsfrage.

Auf einige Anfragen von Vorrednern erwiderte der Landwirtschaftsminister darüber, ob Futtermittel zu beschlagnahmen seien, schweben Verhandlungen. Die Wegzugsvereinigung deutscher Landwirte setze die Preise der aus dem affizierten Feinbesland stammenden Zuderrübenknäuel nicht willkürlich fest, sondern sei an vereinbarte feste Preise gebunden. Bezüglich der Kartoffeln sei eine Bestandaufnahme außerordentlich schwer und ein Ergebnis unsicher. Richtiger erscheine die Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln. Wegen verstärkten Anbaues von Frühgemüse seien die Landwirtschaftskammern mit Anweisung versehen. Schlachtungen von Schweinen seien in Preußen in der Zeit vom 1. Dezember 1914 bis 1. Februar 1915 schätzungsweise circa 4,5 Millionen vorgenommen worden.

Der demnach verbleibende Bestand von circa 13 Millionen sei für Preußen noch reichlich hoch und verträge eine mäßige Verringerung, ohne daß man für die Schweinezucht als solche Befürchtungen zu haben brauche. Die Maul- und Klauenseuche habe sich leider infolge des Krieges stark vermehrt. Die Bekämpfung sei wegen der Einberufung zahlreicher Veterinär- und Polizeibeamter leider nicht so möglich, wie in Friedenszeiten.

Ein Kommissionsmitglied machte darauf aufmerksam, daß die Vergarbeiter kein warmes Essen in der Grube erhalten könnten; das möge bei der Brotverteilung berücksichtigt werden.

Dazu machte der Handelsminister darauf aufmerksam, daß die Kommunalverbände die Möglichkeit hätten, schwer arbeitenden Männern, so auch den im Bergbau tätigen, nach Bedarf auszubilden.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Soziale Kriegsversorgung in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben.

Die Lage im fernen Osten.

Die politisch höchst bedeutsamen Forderungen Japans an China, die vor einigen Tagen von dem Moskauer Blatte „Ruskoje Slowo“ gemeldet und inzwischen in einem Pekinger Telegramm der Londoner „Times“ bekräftigt wurden, sind von der Petersburger Diplomatie mit ziemlich gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Allerdings meldet die Petersburger „Retsch“, nach Ansicht autoritativer russischer Diplomaten gingen diese Forderungen „nicht über die Grenzen der jetzt bestehenden japanisch-chinesischen Beziehungen hinaus“. Diese Forderungen bezögen sich auf Gebiete der chinesischen Republik, die außerhalb der Sphäre des russischen Einflusses stehen, und deshalb setze die Petersburger Diplomatie sich „zurzeit nicht veranlaßt, sich durch die japanisch-chinesischen Beziehungen ablenken zu lassen, um so mehr als volle Sicherheit bestehe, daß Japan von China vollkommene Genußnahme erhalten werde“. Bei aller Vorsicht der Wendungen tritt in dieser offiziellen Notiz eine starke Beunruhigung hervor. Weit schärfer äußert sich natürlich die unabhängige Presse, deren schroffen Ausfällen gegen Japan — was besonders charakteristisch ist — die russische Zensur keine Schwierigkeiten in den Weg legt.

Uns liegt als eine der bedeutsamsten Kundgebungen in dieser Frage ein Artikel der liberalen Moskauer Zeitung „Ruskoje Bedomosti“ vor, den wir in Anbetracht der Wichtigkeit der erörterten Frage in seinen wesentlichsten Teilen wiedergeben. Vorausgeschickt sei, daß der Artikel geschrieben wurde, bevor noch die Bestätigung der ersten Nachricht über die japanischen Forderungen vorlag. Wenn das Blatt — eines der führenden Organe des russischen Liberalismus — trotzdem die heftigsten Angriffe gegen das verbündete Japan richten durfte, so ist das für die politischen Stimmungen in Rußland sehr bezeichnend.

„Es ist kaum anzunehmen — schreibt das erwähnte Blatt —, daß Japan selbst bei den jetzigen äußerst günstigen Verhältnissen hoffen kann, China mit einem Schlage in eine Abhängigkeit von sich zu versetzen, in der etwa Ägypten sich von England befindet. Trotzdem bedeutet die Verwirklichung der japanischen Forderungen die Einführung eines japanischen Protektors über China . . .“

Japan nimmt zurzeit im fernen Osten eine ausschließliche Stellung ein. Der Gang des Weltkrieges gab ihm die Möglichkeit, seinen stärksten Konkurrenten, Deutschland, aus China zu entfernen; das Bündnis mit den Dreiverbändemächten, die mit den europäischen Angelegenheiten zu sehr beschäftigt sind, schützt es davor, daß Rußland, England und Frankreich seinen aggressiven Plänen entgegenwirken könnten. Noch nie hatte Japan in seiner chinesischen Politik so freie Hand wie heutzutage; möglich, daß ein solcher Augenblick nie mehr wiederkehrt. Es versteht sich von selbst, daß Japan diese günstige Konjunktur ausnützt und das Maximum von Vorteilen für sich herauszuschlagen sucht. Deshalb können bestimmte Punkte des japanischen Programms gegenüber China sich sehr bald in positive Forderungen verwandeln (dies ist laut der Meldung der „Times“ bereits geschehen. D. Red.), die durch ungewisse Drohungen bekräftigt werden. Aus diesem Grunde muß das Programm Japans einer aufmerksamen Prüfung unterzogen werden.

Japans Ansprüche können in zwei Gruppen geteilt werden: in allgemeine und spezielle. Die letzteren beziehen sich auf bestimmte Gebiete Chinas, die Japan in seine Einflusssphäre einbezieht. Die allgemeinen Ansprüche beziehen sich auf China als Ganzes. Japan erhebt Ansprüche auf drei Gebiete: die frühere Einflusssphäre Rußlands, aus der es 1904/05 verdrängt wurde, die bisherige Einflusssphäre Deutschlands und endlich die Gebiete in der Nähe der Insel Formosa, die Japan schon im Jahre 1895 China fortgenommen hat. Japan sucht demnach seine Stellung sowohl in Nordchina (Südmandschurei, Ostmongolei) und Mittelchina (Schantung), als auch in Südchina (Fujian, Tschang, Hunan) zu festigen. Sie beansprucht in den erwähnten Gebieten für die Japaner das Siedlungs- und Handelsrecht, das Recht der Erwerbung von unbeweglichem Besitz, die Uebergabe der Bergwerke, Eisenbahnen, Industriefabrikationen, das ausschließliche Recht der Erbauung neuer Bahnen usw. Japan will sich, mit einem Wort, die Möglichkeit der wirtschaftlichen Ausbeutung eines bedeutenden Teiles der chinesischen Küstengebietes sichern und verlangt zu diesem Zweck, daß die Japaner zum Teil in eine privilegierte, zum Teil sogar in eine Monopolstellung versetzt werden.

Die angeführten speziellen Forderungen sind an sich schon sehr ernstlicher Natur. Ihre Verwirklichung würde den größten Teil Chinas unermesslich in eine japanische Kolonie verwandeln. Aber die allgemeinen Forderungen Japans gehen noch weiter und verwandeln die politische Unabhängigkeit Chinas de facto in eine Fiktion. Bei der Durchsicht dieser Forderungen erinnert man sich unwillkürlich an die englisch-ägyptischen Beziehungen. Möglicherweise, daß sie den japanischen Politikern sogar als Muster vorgeschwebt haben. Laut der Pekinger Meldung verlangt Japan von China: daß japanische Räte in das Ministe-

rium der Finanzen, der Volksbildung, der Kommunikation, daß japanische Instrukteure in die Armee und Flotte berufen, daß die japanische Sprache in die chinesischen Schulen eingeführt werde. Dann folgt eine Reihe Forderungen wirtschaftlicher Natur: das ganze Reich soll für den japanischen Handel geöffnet und keine Eisenbahn- oder Industriekonzession ohne Zustimmung Japans erteilt werden. Schließlich zwei Punkte, die den realen Charakter der künftigen japanisch-chinesischen Beziehungen vollends aufklären: im Falle innerer Unruhen darf China sich an Japan um Hilfe wenden, wobei Japan die Garantie für den Frieden und die Ordnung in der Republik übernimmt.

Haben diese Ansprüche Japans Aussicht auf baldige Verwirklichung? Ist Japan zurzeit so stark, um von China mit seiner vielmillionenförmigen Bevölkerung und seinem ungeheuren Territorium wirklich Besitz zu ergreifen? Kann Japan einen solchen Schritt unternehmen, ohne auf den Widerstand der anderen Mächte zu stoßen? Es ist natürlich sehr leicht möglich, daß die Dreierverbandsmächte Japan eine gewisse Bewegungsfreiheit im fernem Osten garantiert haben. Aber natürlich nur in bestimmten Grenzen, über die das japanische Programm weit hinausgeht. Weder Rußland noch England können sich damit einverstanden erklären, daß China mit Haut und Haar von Japan verschluckt wird. Im besonderen ist England unmittelbar an dem Teil Südschinas interessiert, den Japan in seine Einflußsphäre einbezogen hat. Wie groß die Verdienste Japans im jetzigen Kriege auch sein mögen — ihm ausschließliche Rechte auf China einzuräumen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Dies ist aber nur eine Seite der Frage. Die andere bezieht sich auf die Stellung der Vereinigten Staaten zu dem japanischen Programm. Es ist kaum ein Zweifel zulässig, daß ein solches Programm von den Vereinigten Staaten keinesfalls zugelassen werden wird. In Japan ist das natürlich gut bekannt. Ein Versuch der Reghptisierung Chinas würde unvermeidlich einen Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten heraufbeschwören, was natürlich für den Dreierverband nicht erwünscht sein kann.

Aus allen diesen Erwägungen muß der Versuch der Verwirklichung des „großen“ japanischen Programms vom Standpunkt sehr wichtiger Lebensinteressen der europäischen Verbündeten Japans als vollkommen unzulässig betrachtet werden.

Das ist richtig. Eine andere Frage ist es aber, ob Rußland und England zurzeit imstande sind, die Verwirklichung dieser „vollkommen unzulässigen“ Forderungen Japans, die es zum Herren über Ostasien machen würde, zu verhindern.

Griechenland und die Türkei?

Konstantinopel, 15. Februar. (W. L. V.) Die Abreise des griechischen Gesandten wird in den deutschen maßgebenden militärischen und diplomatischen Kreisen sehr ruhig beurteilt. Es wird allgemein eine friedliche Beilegung erwartet, zumal die Pforte äußerst maßvoll und entgegenkommend ist. Im anderen Fall werde die militärische Lage durch den Eintritt Griechenlands in den Weltkrieg wenig verändert.

Athen, 15. Februar. (W. L. V.) Der griechische Marineattaché Kriezis wurde kürzlich in Konstantinopel auf der Straße belästigt. Hierzu meldet die „Agence d'Athènes“: Da die Auslieferung des Versprechens, Gemütung zu geben, Schwierigkeiten begegnete, so ist der griechische Gesandte Panas gestern nach Athen gereist. Er ließ den ersten Gesandtschaftssekretär als Geschäftsträger zurück.

Die griechische Anleihe in England.

Sofia, 15. Februar. (Z. U.) Der „Mir“ meldet, es sei jetzt nicht mehr zweifelhaft, daß Griechenland in England um eine 200-Millionen-Anleihe nachgesucht habe. Die Anleihe sei auch bereits bewilligt worden. Griechenland brauche das Geld zur Deckung von Fehlbeträgen und zu Rüstungszwecken.

Stimmungsmache für ein italienisches Eingreifen.

Zürich, 15. Februar. (Z. U.) Aus Rom wird gemeldet: Das Blatt „Giornale d'Italia“, bekanntlich eine dem Dreierverband günstige Zeitung, hat vorgestern abend einen leitenden Aufsatz veröffentlicht, der gestern von allen großen italienischen Zeitungen wiedergegeben wird. Der Aufsatz trägt die Ueberschrift: „Die Pflicht der Italiener“ und führt aus, es nahe nun derjenige Zeitpunkt im europäischen Kriege, in dem auch Italien seine Entscheidung treffen müsse. Das italienische Volk fühle instinktiv, daß nun der günstige Augenblick nahe sei, in dem das Schicksal des Vaterlandes entschieden werde. Die Italiener seien sich seit Monaten bewußt, daß die gegenwärtige neutrale Haltung Italiens nicht Selbstzweck sein könne, sondern nur eine Periode vorbereitender Zusammenfassung aller Kräfte des Landes bedeute. Es sei nun an der Zeit, die Lage richtig ins Auge zu fassen und dem Lande zu sagen, daß, wenn auch eine Mobilisation der militärischen Streitkräfte nicht angeordnet würde, doch eine geistige Mobilisierung des Landes notwendig gewesen sei. Es sei Pflicht, festzustellen, daß Italien aus dem europäischen Konflikt nicht in seiner jetzigen Gestalt hervorgehen könne. Italien dürfe diesen Krieg nicht vorübergehen lassen, ohne daß seine Ansprüche erfüllt würden. Wenn Italien die gegenwärtige neutrale Haltung für unbestimmte Zeit beibehalten wollte, so würde das, meint das Blatt, eine Herabsetzung Italiens als Großmacht bedeuten. Italien seien durch die Neutralität Hände und Füße gebunden und es werde dadurch nach dem Kriege der Willkür der Sieger und dem Dazwischenliegen der Besiegten preisgegeben. Der Artikel erregt in italienischen politischen Kreisen starkes Aufsehen.

Rußland und Rumänien.

Petersburg, 15. Februar. (Z. U.) Nach Blättermeldungen kann die Erklärung Sasanows in der Duma, daß zwischen Rußland und Rumänien eine wertvolle Freundschaft bestehe, nicht so gedeutet werden, daß Rußland der Kriegshilfe Rumäniens sicher sei. Wie „Reisch“ erzählt, habe sich Rumänien allerdings schon für ein bewaffnetes Eingreifen zugunsten des Dreierverbandes entschieden, und sich nur vorbehalten, den Zeitpunkt des Beginnes der Aktion selbst zu bestimmen. Diese Tatsache werde von den fremden Diplomaten in Petersburg bezweigt. In letzter Zeit habe aber die Entschlossenheit des Balkanstaates einen Stoß erlitten. Die russischen Miberfolge in den Karpathen und der Du-

lotwina sind in Bukarest auf die Wagschale gelegt worden. Die Regierung wolle jetzt auf alle Fälle erst eine endgültige Klärung auf den genannten Schlachtfeldern abwarten.

Die „Ruhjha Wjedomosti“ veröffentlicht eine Meldung in demselben Sinne. Es sei nicht anzunehmen, daß Rumänien in nächster Zeit die Feindseligkeiten gegen Oesterreich eröffnen werde. Das Blatt bezieht sich auf ein Telegramm des russischen Gesandten in Bukarest, Pöskewski-Kosell, das besagt, daß die Regierung in der Kriegshilfsfrage unentschieden sei.

Ausschluß eines russischen Sozialdemokraten.

Petersburg, 15. Februar. (W. L. V.) Der Sozialdemokrat Rankow wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er für den Krieg gestimmt hat.

Die englische Arbeiterpartei und die internierten Ausländer.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Eine Anzahl von englischen Arbeiterorganisationen hat bei der Regierung Klage geführt wegen der Behandlung der in Konzentrationslagern internierten Ausländer. Die Organisationen verlangen, daß die Regierung Delegierten der Arbeiterschaft gestatte, die Konzentrationslager zu besuchen und die dort herrschenden Zustände zu prüfen. Wie jetzt verlautet, hat die Regierung dieses Verlangen in dieser Form abgelehnt, sich aber bereit erklärt, einen parlamentarischen Ausschuß, bestehend aus zwei Liberalen, zwei Konservativen und zwei Arbeiterparteilern zur Befichtigung sämtlicher Konzentrationslager zu ermächtigen.

Die Bewegung unter den englischen Arbeitern.

Amsterdam, 15. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Sonnabend fanden in sieben englischen Großstädten Meetings mit Gewerkschaftlern und sozialistischen Rednern statt. Ueberall wurde eine Resolution angenommen, welche der Regierung Entrüstung und Enttäuschung über die Verweigerung wirksamer Maßregeln gegen die Teuerung ausdrückt und das Unterhaus auffordert, die Regierung zur Durchführung des vom nationalen Arbeiterkomitee aufgestellten Programms zu zwingen.

Ueber den Verlauf der am Sonntag in London und Manchester angekündigten Straßendemonstrationen stehen Presse-meldungen bisher noch aus.

Von überall werden Lohnerhöhungen gemeldet, so von den Seeleuten in Cardiff, den Landarbeitern in Essex, den Metallarbeitern des Lutonidistrikts, den Zimmerleuten im Gannock-Chafes-Distrikt, die Bahnschiffahrt in Great Eastern sagte gleichfalls eine Lohnerhöhung zu.

Die Einigungskonferenz in der Kohlenindustrie entwarf ein Abkommen, welches den Unternehmern und den Arbeitern vorgelegt werden soll.

Wechsel in der belgischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl.

Rom, 15. Februar. (W. L. V.) Die „Tribuna“ meldet: Der belgische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Baron Derp, ist von seinem Posten zurüdgekehrt; die belgische Regierung hat seine Demission angenommen. Sie scheint ihre Ursache in der Unzufriedenheit der leitenden belgischen Kreise mit der Haltung des Heiligen Stuhles gegenüber den Kriegführenden zu haben. Der Nachfolger des Baron Derp wird der frühere Justizminister van den Heubel sein, der in einigen Tagen in Rom eintreffen wird.

Eine Jesuitenfabel.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das Amsterdamer katholische Blatt „Tijd“ hat, wie es am 11. Februar mitteilte, von einer angesehenen „deutschen Seite“ folgende Zuschrift bekommen:

„Das Tagblatt „La Union“ in Santiago berichtet das Folgende: Die Leser werden sich erinnern, daß behauptet worden ist, daß die Greuel vor den Deutschen mit der Eroberung von Lüttich begonnen worden sind, so zum Beispiel das Hinstellen von dreißig Jesuitenpatres, weil sie von den Deutschen mit den Waffen in der Hand angetroffen worden waren. Dies ist jedoch eine unerbötliche Verdrehung der Tatsachen. Die Sache hat sich folgendermaßen zugetragen: Als die Deutschen in Lüttich einzogen, begannen, noch bevor sie die Verwaltung der Stadt übernommen hatten, der Pöbel zu rauben und zu plündern. Die belgischen Sozialisten, die als heftige Gegner der katholischen Kirche bekannt sind, machten von der Gelegenheit Gebrauch, um die Jesuitenschule zu überfallen. Schon waren zwanzig von diesen Jesuiten ermordet, als es einem Ueberlebenden glückte, vom deutschen Oberbefehlshaber Hilfe zu bekommen. Dieser eilte sofort herbei und rettete die noch übriggebliebenen Jesuiten. Es waren also die Deutschen, die den Klosterbrütern das Leben retteten und sie unter sicherem Geleite nach Holland sandten.“

So wird von einem der am Leben gebliebenen Jesuiten an seine Ordensbrüder in Buenos Aires berichtet.

An dieser ganzen Geschichte ist natürlich kein Wort wahr. Man hat sich in Deutschland über die Fabeln von den „deutschen Greueln“ entrüstet, die von gewissenlosen Verleumdern in die Welt gesetzt worden sind. Und jetzt sieht man, daß dieselben Verleumdungen ausgestreut werden — aber gegen die belgischen Sozialisten. Nur, daß sich die Gemeinheit mit besonderer Tatkraft paart. Ein Jesuit — der bei dem Gemetzel leben geblieben sein soll, aber vermutlich überhaupt nie gelebt hat, soll die Geschichte nach Buenos Aires geschrieben, ein Blatt in Santiago sie veröffentlicht haben. Buenos Aires, Santiago — das ist ja weit, aber nun segelt die Lüge über den Ozean zurück und wird in Europa in Umlauf gebracht. Man wird ihr zweifellos jahrelang immer wieder begegnen, der Geschichte von den armen, von den „Sozialisten“ ermordeten Patres Jesuiten, immer wieder in der Agitation gegen die Sozialisten. — Glücklicherweise kann man aber der Sage diesmal rechtzeitig eine Schelle anhängen. Es ist die Redaktion der „Tijd“ selbst, die zu der Zuschrift wörtlich bemerkt: Die Beschuldigung, daß die Deutschen 30 Jesuiten in Lüttich getötet haben sollen, ist un wahr, aber un wahr ist auch, daß die belgischen Sozialisten 20 Jesuiten getötet haben. In Lüttich ist kein einziger Jesuit getötet, keine Jesuitenschule überfallen worden, weder sind Jesuiten vom deutschen Oberbefehlshaber gerettet, noch nach Holland gesandt worden. Im-

übrigen sind Jesuitenpatres keine „Klosterbrüder“ und kein einziger Lütticher Jesuit hat obigen Sensationsbericht an „Ordensbrüder in Buenos Aires“ geschickt. Die literale „Tijd“ selbst bestätigt also, daß die Geschichte glatt erfunden ist, und man wird jeden, der sie wiederholt, als bewußten Verleumder bezeichnen dürfen. Die Frage bleibt nur, wer sie in das literale Blatt in Santiago gebracht hat. Oder besteht dieses auch nicht?

Kriegsbekanntmachungen.

Deutsche Kreis-Postämter in Belgien.

Berlin, 12. Februar. (W. L. V.) Einrichtung deutscher Kreis-Postämter in Belgien. Um den weiteren Ausbau des Postwesens in Belgien zu fördern und für das Rassen- und Rechnungswesen bestimmte Mittelpunkte zu gewinnen, sollen in Anlehnung an die von der deutschen Landesverwaltung in Belgien geschaffene Kreiseinteilung die Postämter in den Kreisorten in der Weise ausgestaltet werden, daß ihr Wirkungsbereich sich über den ganzen Kreis erstreckt. Die im Kreise schon bestehenden und noch zur Einrichtung gelangenden Postämter mit belgischem Personal werden den Kreis-Postämtern unterstellt und ihnen lassen- und rechnungsmäßig angegliedert. Zu Kreis-Postämtern sind zunächst bestimmt worden: das Postamt in Antwerpen 1 für den Bereich von Antwerpen, Brüssel 1 für den Kreis Brüssel, Charleroi 1 für die Kreise Charleroi und Thuin, Hasselt für die Provinz Limburg, Löwen 1 für den Kreis Löwen, Lüttich 1 für den Kreis Lüttich, Mons 1 für den Kreis Mons, Namur 1 für die Kreise Namur und Huy, Verviers für den Kreis Verviers. Der Vorsteher des Kreis-Postamts hat die Aufgabe, die Verkehrsbedürfnisse im Kreise zu erforschen, auf Eisenbahnen und Landwegen Postverbindungen zu schaffen, mit der politischen Behörde zusammen zu arbeiten und nach Kräften daran mitzuwirken, daß Handel und Wandel im Kreise wieder in Gang kommen.

Brüssel, 12. Februar. (W. L. V.) Vom 10. Februar ab ist der Briefverkehr zwischen Brüssel, Lüttich und Verviers nebst Vor- und Nachbarorten sowie Antwerpen einerseits und Oesterreich-Ungarn andererseits unter denselben Bedingungen und in gleicher Ausdehnung wie zwischen Deutschland und Belgien zugelassen. Der Verkehr umfaßt also gewöhnliche und eingeschriebene offene Briefsendungen ohne Rücksicht auf deutsche und französische Sprache. Mitteilungen über Rüstungen, Truppen- und Schiffsbewegungen und dergleichen sind in den Briefsendungen verboten.

Auskunft über Verwundete in Lazaretten der Provinz Posen.

Berlin, 12. Februar. (W. L. V.) Die Auskunftsstelle über Verwundete in der Provinz Posen teilt mit:

Wir werden gebeten, erneut darauf hinzuweisen, daß zur beschleunigten Vermittlung von Nachrichten über verwundete und kranke Militärpersonen für die Provinz Posen im Königlich-Oberpräsidium in Posen eine Auskunftsstelle über Verwundete, die in Lazaretten der Provinz Posen liegen, besteht. Diese Einrichtung soll es den Angehörigen unserer verwundeten und erkrankten Krieger ermöglichen, den Aufenthaltsort ihrer Lieben, von denen sie wissen oder annehmen, daß sie verwundet oder erkrankt sind, zu ermitteln. Anfragen sind zu richten an die „Auskunftsstelle über Verwundete in der Provinz Posen“ in Posen O 1, Taubent. 1.

Wir bemerken noch, daß es sich empfiehlt, zu den Anfragen Postkarten mit Rückantwort (Doppelposten) zu verwenden, wobei auf der Antwortkarte die genaue Adresse des Absenders vorzuschreiben ist.

Strenge Grenzkontrolle für Angehörige des Heeres.

In Abänderung des bisher beobachteten Verfahrens wird demnächst von einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkte ab, für die Transporte in der Richtung nach dem Inland auch für die Angehörigen des Heeres — abgesehen von geschlossenen marschierenden Heereskörpern — eine vollständige Nachschau in bezug auf sämtliches mitgeführtes Gepäck und alle Warensendungen Platz greifen, und zwar, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um alleinstehende Personen oder größere Personen- oder Warentransporte handelt, ob die Reise oder der Transport zu Fuß oder zu Pferde, mittels Privat- oder öffentlichen Fuhrwerks, mittels Eisenbahn oder auf dem Wasserweg erfolgt, und ob die in Betracht kommenden Reisenden oder Transportführer Militärpersonen oder Vertreter des Roten Kreuzes, des Johanniter- oder Malteserordens oder Privatpersonen sind. Post- und Frachtsendungen unterliegen gegebenenfalls der Nachschau und Untersuchung auf den Bestimmungsorten. Auf wichtigeren Grenzstationen werden besondere Bahnhofswachen zur Ueberwachung des Personen- und Warenverkehrs eingerichtet. Alle vorgezeichneten Personen haben sich der vollständigen Nachschau unweigerlich zu unterwerfen. Diese erstreckt sich auf alle mitgeführten Gegenstände. — Diese Maßnahmen richten sich gegen die unbefugte Mitnahme von Deutschtüden. Auch empfiehlt es sich aus dem gleichen Grunde, bei Mitnahme oder Beförderung im feindlichen Auslande gekaufter Gegenstände nach der Heimart eine Bescheinigung des Verkäufers über den rechtmäßigen Erwerb der Gegenstände vorzuweisen oder beizufügen. Eine ordnungsmäßig quitierte Rechnung wird zu diesem Zweck in der Regel genügen.

Sendungen an Kriegsgefangene in Japan.

Von jetzt an können Postpakete an deutsche Kriegsgefangene in Japan auch zur Beförderung über Schweden und Rußland angenommen werden.

Letzte Nachrichten.

Gerste als Ersatz der Brotfrucht in Oesterreich.

Wien, 15. Februar. (W. L. V.) Durch die morgen erfolgende Bekanntmachung einer Ministerialverordnung wird die Verarbeitung von Gerste zu Malz vom 19. Februar 1915 ab verboten. Das Verbot bezweckt, die unbedingt notwendige Verwendung aller noch vorhandenen Gerste als Ersatz der Brotfrucht sicherzustellen.

Neuer 250-Millionen-Kredit Englands für Belgien.

Zürich, 15. Februar. (W. L. V.) Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge eröffnete die Bank von England der belgischen Regierung einen weiteren Kredit von 250 Millionen Franken, so daß die Schuld Belgiens an England auf 600 Millionen steigt.

Ueberschwemmung und Erdbeben in Italien.

Rom, 15. Februar. (W. L. V.) Der Wasserstand des Tiber hielt sich während des ganzen Tages auf gleicher Höhe, erst gegen Abend begann er zu sinken. Die Hilfsaktion dauert fort. In den überschwemmten Gegenden wird der Verkehr mit Wagen und Rähnen aufrechterhalten. Der König besuchte auch heute die überschwemmten Ortschaften in der Umgebung von Rom. Wie die Wänter melden, sind heute früh in Cittaducale (Provinz Aquila) und in Mazzano Romano Erdstöße fühlbar gewesen. Im letztgenannten Ort ist ein Haus eingestürzt, wobei ein Kind getötet und sechs Personen verletzt wurden.

Politische Uebersicht.

Erhöhung der Kartoffelpreise!

Volks Bureau teilt amtlich mit: Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Höchstpreise für den Zentner Speisekartoffeln um 1,75 Mark erhöht.

Bei dem Mangel an Futtermitteln und dem verhältnismäßig niedrigen Preise der Speisekartoffeln bestand die Gefahr, daß der Vorrat an Speisekartoffeln im großen Umfang als Viehfutter verwendet wurde, es kommt aber in erster Linie darauf an, daß in den nächsten Monaten Speisekartoffeln für die menschliche Ernährung vorhanden sind.

In derselben Verordnung sind schon jetzt Höchstpreise für inländische Frühkartoffeln, die in der Zeit vom 1. Mai bis 15. August 1915 geerntet werden, auf 10 M. festgesetzt, damit den Städten ein Anreiz geschaffen werde, möglichst viel Frühkartoffeln zu bauen, die in den Monaten Juni und Juli für die Volksernährung zur Verfügung stehen.

Trotz der schweren Bedenken, die von sozialdemokratischer Seite erhoben wurden, hat also der Bundesrat die höchst bedauerliche Maßnahme der Erhöhung der Kartoffelpreise verfügt. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen und können heute nur wiederholen, daß wir die Preiserhöhung nicht für die geeignete Maßnahme zur Sicherung der Volksernährung ansehen. Obwohl die Erhöhung wahrlich groß genug ist, wird sie ihren Zweck, die Verfüttelung der Kartoffeln zu verhüten, kaum erreichen, zumal da ja noch immer keine Höchstpreise für Vieh und Fleisch festgesetzt sind. Dagegen legt sie den ärmeren Kreisen eine schwere Last auf, die bei der allgemeinen Teuerung besonders empfindlich ist. Nicht Preiserhöhung, sondern Beschlagnahme und Organisation der Verteilung wären die richtigen Mittel gewesen. Das Vorgehen der Regierung dagegen ist für weite Kreise des deutschen Volkes eine große Enttäuschung.

Einschränkung der Bierproduktion.

Volks Telegraphenbureau meldet amtlich: Der Bundesrat hat heute eine Verordnung beschlossen, die vom 1. März 1915 ab eine Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien bringt und dadurch eine erhebliche Menge von feilher zur Bierbereitung verwendeten Gerste für die Volksernährung freimachen will. Im einzelnen bestimmt die Verordnung folgendes:

Bierbrauereien sollen vom 1. April 1915 an zur Herstellung von Bier in jedem Vierteljahr nur noch sechzig Hunderteile des im gleichen Vierteljahr der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich zur Bierbereitung verwendeten Malzes verwenden dürfen. Für Brauereien, deren vierteljährliche durchschnittliche Malzverwendung 40 Doppelzentner nicht übersteigt, erhöht sich die zulässige Malzmenge auf siebenzig Hunderteile. Im Monat März 1915 dürfen die Brauereien ein Drittel der für das erste Vierteljahr 1915 sich berechnenden Malzmenge verwenden. Wenn eine Bierbrauerei im März 1915 oder in einem Vierteljahr die hierfür festgesetzte Malzmenge nicht verwendet, darf sie die ersparte Menge im folgenden Vierteljahr verwenden oder sie ganz oder teilweise auf eine andere Bierbrauerei innerhalb des nämlichen Brauereigebiets übertragen. Auf Malz, das künftig aus dem Ausland eingeführt wird, erstreckt sich die Verordnung nicht. Soweit inländisches Malz auf Grund von vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen Verträgen nach dem 28. Februar 1915 an Bierbrauereien zu liefern ist, darf statt der vereinbarten Menge nur eine nach dem Maßstab der gesetzlichen Einschränkung geminderte Menge gefordert und geliefert werden. Die Landeszentralbehörde soll anordnen können, daß landesrechtlich festgesetzte Rechte der Bierbrauer auf Ausschank des eigenen Erzeugnisses für

die Dauer der gesetzlichen Einschränkung der Malzverwendung auch auf fremdes Bier ausgedehnt werden. Für eine Ueberschreitung der zulässigen Malzmengen sind hohe Gefängnis- oder Geldstrafen vorgesehen. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Eroberungslust.

Im „Tag“ hat jüngst sogar der Freiherr v. Zedlitz gegen die allzu gründlichen Weltverteilungspläne seiner Freunde Bedenken geäußert. Jetzt aber kommt der Generalleutnant z. D. von Brochm und erklärt dem Freiherrn von Zedlitz mit schöner Bestimmtheit, daß man sich nichts abhandeln lasse. Herr v. Brochm wirft einen „Blick in die Zukunft“ und sieht ahnend des Geistes voraus, daß sich Deutschland nach Beendigung des Krieges später einmal einer ähnlichen Koalition gegenüber befinden werde. Dann aber fährt er mit eiserner Schlussfolgerung fort:

Diesen Gesichtspunkt müssen wir beim Friedensschluß im Auge behalten und, ohne schwächliche Rücksichten nur unser eigenes Interesse bedenkend, dafür Sorge tragen, daß unser Deutschland nach diesem furchtbar opfervollen Kriege in einer so überwältigenden Größe und Macht dasteht, daß keine denkbare Koalition in Europa es wagen kann, es anzugreifen, oder wenn sie dies wagt, democh übernimmt, daran verbluten muß. Dies können wir aber nur erreichen durch eine vorteilhafte Ausgestaltung unserer Grenzen, damit wir künftig gegen einen feindlichen Ueberfall besser geschützt sind als bisher. Hierbei dürfen meiner Ansicht nach nur militärische Rücksichten ausschlaggebend sein. Wenn ich mich hierbei in einem Gegensatz zu den Ansichten befinde, die Herr Zedlitz in seinem Aufsatz im „Tag“ vom 31. Januar d. J. „Unser Leitstern beim Friedensschluß“ ausgesprochen hat, so möchte ich dazu noch folgendes bemerken: Gewiß hat der Herr Freiherr recht mit der Behauptung, daß die Assimilierung fremder, mit vollen deutschen Bürgerrechten ausgestatteten Nationalitäten zu einem Pfahle in unserm Fleisch werden könne. Aber wer zwingt uns denn, diesen Fremdkörpern vorzeitig das volle Bürgerrecht zu geben? Nur assimilierte, d. h. deutsch gewordene Fremdkörper dürfen das volle Bürgerrecht erhalten. Wir haben betwiesen, daß wir zu Kolonisten verstehen, zeigen wir nun, daß wir Barbaren fremde Völker auch zivilisieren können. Das ist unsere weltgeschichtliche Aufgabe, wenn anders es wahr ist, daß am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen soll. Wir sind überzeugt, daß nur eine winzige Minderheit des deutschen Volkes mit Herrn v. Brochm einverstanden ist und daß die Regierung selbst nicht zu dieser Minderheit gehört.

Wilhelm II. für Verständigung mit Frankreich.

In Stockholm ist die schwedische Ausgabe von Sven Hedins Kriegsbuch „Von der Front im Westen“ erschienen. Sven Hedin hatte im September vorigen Jahres, also nach Kriegsausbruch, Gelegenheit, den Deutschen Kaiser zu sprechen. Ueber den Inhalt seiner Unterredung erzählt er nach einem Bericht der „Kronfütter Zeitung“ das folgende:

Der Kaiser beharrte die Notwendigkeit, die ihn gegen seinen Willen gezwungen habe, sein Herz gegen die Franzosen ins Feld zu führen, und er hoffte, daß die Zeit kommen werde, wo Deutsche und Franzosen eine gegenseitige gute Nachbarschaft sollten aufricht erhalten können. Der Kaiser hat 25 Jahre lang gearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen und hoffe, daß aus dem gegenwärtigen Kriege eine ganz und gar neue Ordnung der Dinge hervorgehen werde. Ein deutsch-französisches Einverständnis werde eine unerschütterliche Sicherheit für den künftigen Frieden bilden. Zuerst müsse aber Deutschland über die unübersehbaren Regionen, die vier Großmächte gegen die Grenzen Deutschlands und seiner Kolonien in fremden Weltteilen geworfen hätten, den Sieg davontragen; sodann werde ein nach allen Teilen sichernder ehrenvoller

Friede geschlossen werden können; zuletzt werde der starke und fest zusammengezimmerete Weltfriede kommen.

Es ist ein namenloses Unglück für die Welt, daß die Verständigung mit Frankreich, an der die Sozialisten beider Länder unermüdet arbeiteten, nicht rechtzeitig zustande gekommen ist und den Krieg nicht verhindern konnte. Die Aufgabe, die fast vor dem Gelingen stand, ist dadurch ungeheuer erschwert. Trotzdem ist das hohe Ziel unerschütterlich weiter zu verfolgen und darf dann selbstverständlich auch bei dem künftigen Friedensschluß nicht aus den Augen verloren werden.

„Angenehme Wächter des Burgfriedens.“

So betitelt die bürgerlich-demokratische „Welt am Montag“ eine Notiz, die sich gegen das „Hamburger Fremdenblatt“ richtet. Dies „Organ der „entschiedenen“ bürgerlichen Linken“ (so nennt es die „Welt am Montag“) hatte bekanntlich zu der Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion geschrieben:

„Man mag da noch erwähnen, daß eine unbedeutende Clique von Hysterikern dem Götzen der Konfessionsmeinte opfern zu müssen auch bei dieser ganz verfehlten Gelegenheit? Die kleine sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses, deren sich ja im Reich die Mehrzahl aller Sozialdemokraten längst zu schämen gewöhnt hat, konnte nicht verzichten auf eine „Erklärung“. Aber schließlich kann einen das nicht wundernehmen bei Leuten, bei denen das Bewußtsein der Existenzberechtigung sich schon längst nur noch am Dasein erhalten hat kraft innerer Ausblähung, durch Wortschwall und erlarierte Manieren. Also schön, sie durften ihre Erklärung abgeben und ihre Beschwerden anmelden und dadurch sich selber wenigstens soweit wässern, daß sie wieder einmal die schöne Illusion fühlten, da zu sein. Und vor allem durften sie die auch in einem Weltkrieg für sie zum Wohlfinden unentbehrliche Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen über die Schwelle des Bewußtseins heben. In der Budgetkommission, in der man ihnen einen außerordentlichen Sitz eingeräumt hat, werden sie vermutlich jedes K-Prot für ein gefundenes Fressen erachten, um von da aus leicht und zwanglos immer wieder auf dieses Thema zu kommen. Denn es gäbe nichts auf der Welt, was diesen drei, vier Leuten als Anlaß dazu nicht geeignet wäre.“

Dieser „entschieden liberalen“ Blossierung der Erklärung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion setzt die „Welt am Montag“ folgendes Urteil entgegen:

„Es soll niemand vermehrt sein, die u. E. sachlich unanfechtbare und für eine sonst zum Schweigen verurteilte Partei einfach gebotene Erklärung zu kritisieren. Aber die Form, in der hier Kritik durch persönliche Beschimpfung von Ehrenmännern ersetzt wird, muß es der Sozialdemokratie fast unmöglich machen, ihrerseits den Burgfrieden zu achten. Die Verhöhnung der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen macht sich übrigens besonders reizvoll im Munde von Vertretern einer Partei, die früher dieselbe Forderung als Paradeplakat ihrer Agitation handhabte.“

Das „Hamburger Fremdenblatt“ kann sich dieser Kritik eines bürgerlich-demokratischen Blattes gegenüber allerdings auf einen Schwergewissen berufen, den — Freiherrn Octavio v. Zedlitz! Dieser widmet nämlich der im „Hamburger Echo“ erschienenen Kritik der sozialdemokratischen Fraktionserklärung einen längeren Artikel, in dem er aus diesem Artikel eines Sozialdemokraten eine „Fülle bitterer Wahrheiten“ mit dem Ausdruck begeisterter Zustimmung wieder gibt. Auch von der Erklärung des Genossen Haenisch nimmt Herr v. Zedlitz mit unbekanntem Wohlwollen Notiz.

Er knüpft sogar interessante Betrachtungen an diese sozialdemokratische Kritik. „Es eröffnen sich so“, sagt er, „für die Orientierung der inneren Politik noch drei Frieden höchst bedeutsame Perspektiven“, bemerkenswerte Fingerzeige für die politische Arbeit nach Beendigung des Krieges.“

Leider jagt der freikonserervative Führer nicht, ob er unter dieser „höchst bedeutsamen Perspektive“ eine Wandlung der preussischen Politik versteht oder eine Wandlung der — Sozialdemokratie!

Ausschaltung der Gewerkschaften.

Die Landesversicherungsanstalt Schlesien hat für Kostloosunterstützungen an Kommunal- und Privatverbände fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Die Disposition über die Verteilung der Gelder ist dem Landeshauptmann, dem Freiherrn v. Nitschows, vorbehalten, eine Praxis, die allgemein üblich ist. Nicht allgemein üblich aber ist folgendes: Das Gewerkschaftsstellvertreter im nieder-schlesischen Industriebezirk ist seinerzeit beim Landrat vorstellig geworden, auch diese Korporation bei der Verteilung der Gelder mitwirken zu lassen, da gerade dieser Arbeiterkorporation eine überaus große Zahl von Unterstützungsgefallen zugewandten sind. Damals lehnte der Landrat — ein Febr. v. Zedlitz — diesen Antrag mit dem Hinweis ab, daß man seiner bestimmt gefärbten wirtschaftlichen oder politischen Organisation diese Arbeit übertragen könne, von wegen des — Burgfriedens. Darauf wurde dem Landrat nahegelegt, einer paritätischen Kommission, aus allen Bevölkerungskreisen bestehend, diese Verteilungsarbeit zu übertragen. Aber auch dieser Weg ist nicht beschritten worden. Im Gegenteil. Jetzt ist eine Summe von 25 000 M. dem Arbeiterwohlverein zur Verteilung überwiesen worden, einer Arbeiterorganisation, die von den freikonserватiven Politikern des Kreises Waldenburg i. Schl. als Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurde.

Invalidentausch mit England.

Der Austausch von invaliden Kriegsgefangenen, die an Kriege fernerhin nicht mehr teilnehmen können, hat zwischen Deutschland und England begonnen. Der Austausch geschieht über Holland. Das holländische Rote Kreuz nimmt die Deutschen in Vlissingen in Empfang und befördert sie an die deutsche Grenze, derselbe Eisenbahnzug nimmt dort die Engländer auf und bringt sie an die Küste, wo ein Schiff bereit liegt, das sie nach England überführt.

Gnadenerlaß für Elsaß-Lothringen.

Der Kaiser hat bestimmt, daß in Elsaß-Lothringen die Unterjüngeren gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege niedergeschlagen werden, soweit sie vor dem 3. Februar 1915 und vor der Einberufung zu den Fahnen begangene 1. Uebertretungen oder 2. Vergehen mit Ausnahme derjenigen des Verrats militärischer Geheimnisse oder 3. Verbrechen im Sinne der §§ 243, 244, 245 des

Ungarische Kriegsbriefe.

II.

Rovoradomsl und Pietrkow.

Vorsichtig überfahren wir die Barthabrüde und kamen in stoffstärkerer Nacht nach Rovoradomsl. Auch hier ist der Bahnhof in Trümmern gesunken, überall Schutt und Mauerwerk. Wir sahen den Apparat der Lebensmittel- und Munitionsvorrichtung der österreichisch-ungarischen Armee. Dieser mächtige Apparat funktioniert so idios, daß der Nichteingeweihte sich davon nur schwer einen Begriff machen kann. Die Entscheidung des Krieges hängt davon ab, wie die gegenseitig kämpfenden Heere mit Lebensmitteln und Munition versehen werden können.

Mächtige Lagerplätze sind erbaut worden, die vollgepfropft mit für die Truppen bestimmten Lebensmitteln sind: Fleisch, Brot, Mehl und alles, was zum Leben notwendig ist, ist hier vorhanden. Eisenbahnwaggons stehen bereit, jeden Augenblick die Lebensmittel für den täglichen Bedarf an die Front zu bringen.

Auch Spitäler sind hier eingerichtet. Wir finden überall Landbohlen in großer Zahl und ungarische Aufschriften. In der Küche die Köche, in den Bäckereien die Bäcker und in der Offiziersmensage die Offiziere sind Ungarn und meistens Budapester. Es ist also klar, daß an der russisch-polnischen Front auch ungarische Regimenter stehen.

Die Stadt ist eine kleine vernachlässigte, polnische Ansiedlung mit 10 000 bis 12 000 Einwohnern. Der Ort ist schmutzig und die Bevölkerung unruhig und lärmend. Ueberall kleinstädtische Gassen und Kaufhäuser, die Erdhöhlen gleichen und in denen polnische Juden Geschäfte zu machen versuchen. Schlechte Wagen holpern durch die krummen Gassen, vernachlässigte Kinder tummeln sich schreiend auf den Plätzen. In den allerentferntesten Straßen der Budapester Vorstadt selbst, draußen in Engelfeld, sind solche wüste und trostlose Wilder kaum zu sehen. Viele Polen flüchteten, nur die polnischen Juden sind in voller Anzahl geblieben. Viele von ihnen wurden von den Russen, als sie nach dem ersten Rückzug wieder in Rovoradomsl einzogen, erschlagen. Nach den Russen kamen die Deutschen, dann wieder die Russen und nachher die österreichisch-ungarischen Truppen. Furchtbar hat die Bevölkerung unter den Stürmen der Einnahme und Zurückeroberung zu leiden gehabt. Kein Wunder daher, wenn diese geplagten, geschlagenen und verfolgten Kasstajuden nun apathisch geworden und unangenehm von der Angst gedrückt werden, daß der Russe, obwohl er weit über die Pilsa zurückgedrängt wurde, wieder zurückkommen könnte.

Als wir Vorkehrungen trafen, das auf den Reichen den schlechtesten Eindruck machende Rovoradomsl zu verlassen, sagte ein höherer Offizier zu mir:

„Nicht werden Sie die Automobils der „Kopazova“ (des Budapester Parteiorgans) sehen. Sie laufen noch ganz vortrefflich!“ In der Wohnung eines polnischen Juden, in der alles auf den Kopf gestellt war, übernachteten wir zum letzten Male in Rovo-

radomsl. Am frühen Morgen trug uns dann das Auto in schnellem Tempo nach Pietrkow. Unser Weg führte auch da durch abgebrannte Dörfer und an sich weit hinschlängelnden Schützengräben vorbei. Hier ist das Bild der Verwüstung in der Tat vollständig. Der Regen fällt in Strömen. Es ist, als sollten wir in dem Kot versinken. Auf der Landstraße finden wir bis zur Arie im Kot waiende Menschen, die über Kopf und Hals in Lächer eingewickelt sind und von denen das Wasser nur so herunterrinnt. So regnen kann es nur in der wüsten und trostlosen Gegend von Russisch-Polen.

Gegen Mittag langten wir in Pietrkow an. Der verwüstete Bahnhof fällt sofort ins Auge. Die Eisenbahnübergänge in die Luft gesprengt, die Schienen an manchen Stellen aufgerissen, brennende und ruffige Bestandteile ringsherum, zum Teile sogar stark verrostete; Na, da hat schon hübsch lange keine Bahn verkehrt. Die ruffigen Mauern drohen jeden Augenblick einzustürzen, der Mauerankerbüschel ist abgefallen, Türen sind herausgerissen, keine Rinne blieb daran, abgebrochene Fenster und dabei kein Glas splitter zu sehen. Hier haben die Granaten vollkommene Arbeit verrichtet. Vieles wurde von den österreichischen Truppen schon wieder gutgemacht, aber noch immer ist das Bild, das den Menschen hier entgegensteht, erschreckend.

Die Stadt selbst wurde von dem Kriege verschont. Pietrkow ist eine größere russisch-polnische Stadt mit circa 40 000 Einwohnern. Ein sehr interessanter polnischer Ort, wo jetzt buntes lebhaftes Treiben herrscht, obwohl die Stadt größtenteils aus engen winkeligen Nebengassen besteht und die gerade so schmugig und unordentlich sind, wie die Gassen von Rovoradomsl. Weinade jedes Haus in Pietrkow ist gelb getüncht. Diese melancholische gelbe Eintönigkeit wird nur ab und zu von einem in rostbrauner Farbe getünchten Hause unterbrochen. Zumeist niedrige Häuser. Die einstöckigen Häuser haben fast ausnahmslos einen primitiven, mit Eisengitter versehenen Erker. Jede Gasse ist voll mit kleinen dumpfigen Kaufhäusern. Darunter findet sich ab und zu ein städtisch modern aussehendes Geschäft, ebenso wie in den geschmacklosen Häuserreihen einzelne modern gebaute Häuser auffallen, die ebenfoll in der Andraßystraße stehen könnten.

Zeitungsjungens bieten laufend ihre deutschen, polnischen und jüdischen Zeitungen zum Kauf an. Kinder verkaufen Zigaretten, Ansichtskarten und anderes.

In den frühen Abendstunden beginnt der Corso — Pietrkow hat einen lebhaften bunt, ebenfalls großstädtischen Corso, auf dem die Seidenkleider der Damen herausfordernd rauschen. In den dumpfen, finsternen Korridoren der Hotels ist der Verkehr den Tag über sehr lebhaft. In Friedenszeiten war es so in Pietrkow und so blieb es auch in Kriegeszeiten.

In Pietrkow sind viel ungarische Soldaten. Sie halten auf der Gasse die Ordnung aufrecht, ungarische Flügel hört man auf den Straßen und Plätzen, ungarische Lieder der Balas und Huszars dringen durch das Gewirr in den fogigen Straßen. Die Offiziersmensage befindet sich in dem großen Saal einer Pietrkower Bank. Ein Bezirksgerichtsgebäude ist als Spital eingerichtet.

U. Str. S. S., bei denen der Vater zur Zeit der Tat das 21. Lebensjahr nicht vollendet hatte, zum Gegenstande haben. Ausgeschlossen von den Gnadenertweisen sind Personen des Soldatenstandes, gegen die wegen begangener Straftaten durch militärgerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt ist oder wird sowie andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat ihre Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden.

Unstimmigkeiten in der Mehlverteilung.

Von einem Mangel an Mehl kann keine Rede sein, mangelhaft ist nur die Verteilung der vorhandenen Mehlvorräte. Wie nämlich die Geschäftsstelle des Vereins deutscher Handelsmüller mitteilt, ist festgestellt, daß noch große Mehlvorräte im Lande vorhanden sind. Die Mühlen wissen teilweise nicht, wohin sie ihre Produktion absetzen sollen. Es handelt sich bei dieser vorhandenen Mehlmenge weniger um Roggenmehl als um Weizenmehl, 70 Proz. Weizenmehl und 30 Proz. Roggenmehl. Dieses Mehl haben die Mühlen teilweise fertig liegen, teilweise können sie ihre vorhandenen Getreidevorräte gemäß § 4 Ziffer a der Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 ausmahlen. Veräußern dürfen die Mühlen nicht, ohne daß der zuständige Kommunalverband hierzu die erforderliche Zustimmung gibt. Diese Zustimmung wird von dem Kommunalverband, in dem die Mühle liegt, häufig verweigert, obwohl die in dem Bezirk vorhandenen Vorräte dessen Bedarf für die nächste Zeit bei weitem übersteigen. In diesem Falle wird dem noskenden Kommunalverband empfohlen, von § 51 der Bundesratsverordnung Gebrauch zu machen und sich an die Landeszentralbehörde zu wenden, um die Ueberweisung von Mehl aus dem Bezirk eines Kommunalverbandes an einen anderen Kommunalverband in die Wege zu leiten. Gehören die Kommunalverbände verschiedenen Bundesstaaten an, so ist hierfür der Reichskanzler zuständig.

Aus der Partei.

Unsere Toten.

Die Frankfurter Arbeiterkassette hat einen harten Verlust erlitten: In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend starb einer ihrer Besten, der Genosse Martin Bernhardt. Bernhardt hat nur ein Alter von 49 Jahren erreicht. Er schloß sich schon in seinen jungen Jahren der Partei an und hat bis zu seinem Tode in hervorragender Weise für die Interessen der Partei gewirkt. Besonders war er für das Frankfurter Presseunternehmen, die „Volkstimme“, tätig, von deren Redaktionskommission er zehn Jahre Vorsitzender war. Seine letzte Tätigkeit für die Frankfurter Arbeiterbewegung war ebenfalls im Interesse des Blattes. Noch vor vierzehn Tagen beriet er mit den Frankfurter Genossen, wie das Blatt auch in Kriegzeiten ohne Störungen hochgehalten werden kann. Seine Haupttätigkeit war auf genossenschaftlichem Gebiete. Er war Mitgründer des Frankfurter Konsumvereins, der unter seiner Leitung sich zu hoher Blüte entfaltete. Von 1908 bis Ende 1914 gehörte Bernhardt dem Frankfurter Stadtparlament an, in dem er durch seine großen Kenntnisse allseitig geachtet war. Bernhardt's Leben war ausgefüllt von rastloser Tätigkeit für die Arbeiterbewegung.

Die organisierte Arbeiterschaft Grimmitzhaus, ja des ganzen 18. Wahlkreises hat den Verlust des Genossen Adolf Schuster zu beklagen. Mit ihm ist ein braver und wackerer Streiter für Partei und Gewerkschaft, ein eifriger Förderer des Genossenschaftswesens dahingegangen. Dem Stadtverordnetenkollegium gehörte der Verstorbene 12 Jahre an.

Zur Frage der Nahrungsmittelversorgung

nahm eine imposante Volksversammlung am Sonntag in Lindenwald Stellung, in welcher Stadtverordneter Wuytz, Reußlin, sprach. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 14. Februar 1915 in Paulis Lokal tagende öffentliche Versammlung, durchdrungen von dem Bewußtsein, daß die Auslieferung der Feinde Deutschlands, insbesondere Englands für das deutsche Volk eine große Gefahr bedeuten, erklärte sich mit den bis jetzt getroffenen Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung einverstanden und wird ihr möglichstes tun, um in der Bevölkerung das Verständnis für diese Maßnahmen zu wecken und aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus fordert die Versammlung jedoch dringend, daß sich die zuständigen Behörden schnellstens zur Sicherung aller anderen Nahrungsmittel für das Volk und zur Festsetzung von möglichst niedrigen Höchstpreisen entschließen, damit dem immer mehr um sich greifenden Lebensmittelmangel ein Ende bereitet und das Volk vor der Auszehrung durch einheimische Produzenten und Händler geschützt wird.

Ferner fordert die Versammlung einen weitgehenden Schutz der wirtschaftlich Schwachen durch Reich, Staat und Gemeinde, um die wirtschaftliche Kraft des Volkes zu erhalten und den Geist zu pflegen, der das Volk fähig macht, diesen gewaltigsten Kampf, den die Weltgeschichte kennt, durchzulämpfen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Kein Gefellenmangel im Fleischergetriebe.

Die Klagen der Fleischermeister über Gefellenmangel in Berlin wollen nicht verstummen. Das statistische Material der Gefellenorganisation wird zwar zur Begründung dieser Klagen bemüht, trotz des angeblichen Gefellenmangels verbietet aber die Berliner Fleischerinnung organisierten Gefellen das Betreten ihres Arbeitsnachweises bei Strafandrohung wegen Hausfriedensbruch.

Durch die Betriebseinstellung fast aller Konserverfabriken waren Anfang d. M. an 200 arbeitslose Gefellen vorhanden. Diese Tatsache war den Fleischermeistern sehr unangenehm und verschmähten sie es nicht, diese Gefellen als arbeitslos zu bezeichnen. Daß es arbeitslose Gefellen gibt, beweist die Tatsache, daß eine Konserverfabrik vor wenigen Tagen an 100 Gefellen, ein hiesiges Warenhaus zur Ausfülle für einige Tage annähernd 50 Gefellen einstellte.

Daß viele kleine Fleischermeister jetzt schwer einen Gefellen bekommen, liegt daran, daß heute die große Mehrzahl der Gefellen nicht mehr gewillt ist, 15 und mehr Stunden pro Tag ohne Pausen sowie den halben Sonntag zu arbeiten. Die vielen Fleischergefellten, die aus anderen Berufen wieder zurückgekommen sind, haben dort geregelte Verhältnisse kennengelernt und sind an diese gewöhnt. Auch haben dieselben keine Reue, den Fleischermeistern, die sie jetzt nur in der Not beschäftigen, die Hand zur Weichhaltung der langen Arbeitszeit zu reichen.

Wenn die Fleischermeister befreit wären, die jetzigen Zustände bessern zu wollen, so müßten sie eine Regelung der Arbeitsvermittlung anstreben.

Die Metzgerbrüder nahmen am Sonntag in einer öffentlichen Versammlung den Jahresbericht der Branchenleitung entgegen, aus

dem folgendes hervorgeht: Die Konjunktur war von Anfang des Jahres an sehr ungünstig. Die Branchenkommission riet deshalb den Kollegen, die in Tarifbetrieben arbeiten, von der Kündigung der Tarife abzusehen. Der Rat wurde in den meisten Fällen befolgt. Wo es nicht gelang und die Kollegen sich für die Kündigung entschieden hatten, bereitete der Ausbruch des Krieges ihre Absicht, so daß also die Tarife bestehen blieben. Gleich nach der Mobilmachung setzte eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit ein, die aber mehr und mehr nachließ, als die Betriebe zur Anfertigung von Militärversorgungsgegenständen übergingen. Infolgedessen trat bald eine so gute Konjunktur ein, wie sie in den letzten Jahren noch nicht dagewesen ist. Es gab keinen arbeitslosen Metallbrüder mehr, und auch der Zugang von außerhalb konnte den Bedarf an Arbeitskräften nicht decken. Unter diesen Umständen erhöhten sich auch die Tarifhöhe ohne jede Schwierigkeit, und ein Teil der Brüder konnte bei erheblich verlängerter Arbeitszeit Nebenverdienste erzielen, die das in normalen Zeiten gewohnte Maß überschritten. In jüngster Zeit hat die Arbeitslosigkeit nachgelassen. In der vorigen Woche waren von den organisierten Metzgerbrüdern wieder 80 arbeitslos. Inzwischen dürfte die Zahl der Arbeitslosen auf 100 gestiegen sein. — Ein Wechsel der Arbeitsstelle wird fast unmöglich gemacht durch die bekannte Verfügung der Feldzeugmeisterei, wonach die für das Heer beschäftigten Betriebe keinen Arbeiter einstellen sollen, der nicht nachweisen kann, daß er bei seinem früheren Arbeitgeber mit dessen Genehmigung aufgeführt hat. Diese Verfügung dient den Unternehmern nicht nur als Schutz gegen etwa von den Arbeitern geforderte Lohnhöhungen, sondern sie wird auch benutzt, um Arbeitern den verdienten Lohn zu kürzen. Zum Beweise dafür wurde folgender Fall angeführt. Eine Firma stellte Arbeiter ein mit der ausdrücklichen Versicherung, sie könnten in Afford so viel arbeiten und verdienen, wie sie wollen, es werde vom Verdienst nichts abgezogen. Als es aber zur Lohnzahlung kam, da zog die Firma den Arbeitern etwa 30 Proz. ab. Die Arbeiter wollten sich das natürlich nicht gefallen lassen und aufhören. Sie wurden nun von der Firma als Arbeiter, die gegen den Willen des Unternehmers aufhört, gezehnet und hätten infolgedessen in keinem anderen Betriebe Arbeit bekommen. Unter diesen Umständen blieb ihnen nichts übrig, als sich mit dem Unternehmer zu einigen und weiterzuarbeiten. Man sieht also, daß die Unternehmer von der Verfügung der Feldzeugmeisterei einen Gebrauch machen, der in der Beschränkung der Rechte der Arbeiter weit hinausgeht über das, was die Militärbehörde anscheinend mit der Verfügung beabsichtigt hat, und daß die Freizügigkeit der Arbeiter dadurch tatsächlich aufgehoben ist.

Der Gemeindearbeiter-Verband in den ersten Kriegsmontaten.

Obwohl städtische Unternehmungen auch während des Krieges fortlaufend in Tätigkeit sind, so blieben doch seine Begleiterscheinungen nicht wirkungslos auf sie. Nicht nur in den Grenzorten, die vom Feinde teilweise besetzt wurden, sondern auch in Gegenden des Reiches, die fern von der Kampffront liegen, haben Stadtverwaltungen ihre Betriebe eingeschränkt. Sie wollten an Arbeitskräften sparen. Vielfach sind die eingezogenen städtischen Arbeiter wieder ersetzt worden, denn Arbeitslose sind ja bis in die jüngste Zeit hinein immer noch genügend vorhanden gewesen; verschiedene Betriebsverwaltungen hielten es aber für zweckmäßig, die bisher von den Eingezogenen verrichteten Arbeiten zumeist von den noch Zurückgebliebenen mitmachen zu lassen. Mehrfach wird noch heute bei verkürzter Arbeitszeit und herabgesetztem Lohn gearbeitet. Die gewerkschaftlichen Verbändeorgane führen hierüber lebhaft Klage. In mehreren Fällen haben sich die Gemeindearbeiter mit Erfolg gegen Verschlechterungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewandt. Mancherorts sind aber die Lohnrückstände geblieben trotz der immer mehr gesteigerten Teuerung aller Lebensmittel.

Aus Berichten der „Gewerkschaft“, dem Organ des freien Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, geht hervor, daß am 31. Oktober vorigen Jahres 2810 Verbandemitglieder bei verkürzter Arbeitszeit und 2371 bei verkürztem Lohn tätig waren; 462 waren vollständig arbeitslos. Bis 31. Dezember ist ihre Zahl zurückgegangen auf 1878 bei verkürzter Arbeitszeit und 1943 bei gekürztem Lohn, die Zahl der Arbeitslosen ist gestiegen auf 523. Allgemein ist demnach eine Wandlung zum Besseren eingetreten. Ihr Werkzeug mit dem Wehr vertauschen wollten nach dem Stand vom Oktober 15262 (Mitgliederzahl zu Jahresanfang 53925). Während der letzten Monate ist die Zahl der Eingezogenen auf 10054 gestiegen. Verbandseinstelle stellen 25 unter den Waffen.

Entsprechend den Zeitverhältnissen sind die statutarischen Unterstellungen eingeschränkt worden; dagegen wurde Verlust, für die Kriegsteilnehmer und deren Angehörige besonders zu leisten. Der Verband hatte den Angehörigen der Kriegsteilnehmer eine Weisungsabgabe spendet, die durchschnittlich 10 Mark betrug. Diese Unterstützung wurde gleichzeitig den Arbeitslosen zuteil. Insgesamt wurden von ihm hierfür mehr denn 100 000 M. ausgegibt. Neben dieser Unterstützung vorausgabte er in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Dezember an Unterstellungen 238 000 M., davon entfielen auf die Angehörigen der Kriegsteilnehmer 105 611 M., an Arbeitslose 40 844 M., Kranke 58 795 M., auf Sterbefälle 29 934 M. und der Rest auf sonstige Unterstellungen. Todesopfer forderte der Krieg bis Jahresabschluss 420. Das Gesamtbild zeigt uns, daß die Gemeindearbeiter-Organisation durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Je nach ihrem Einfluß hat sie ihren Mitgliedern Vorteile geboten und ihre Interessen gewahrt. Mag das allenthalben richtig gewürdigt werden und in steter Erinnerung bleiben.

Deutsches Reich.

Zum Vergarbeiterstreik in Rattowitz, O. S.

Zu dem in der Casselengrube ausgebrochenen Vergarbeiterstreik ist zu melden, daß die Bewegung an Ausdehnung gewinnt. Am 12. Februar früh sind von der etwa 1300 Mann betragenden Bergesellschaft 870 Mann nicht eingefahren. Es machen sich Anzeichen bemerkbar, die ein Ueberspringen des Ausstandes auf noch andere Gruben befürchten lassen.

Die maßgebenden Organisationen sind dabei, mit behördlicher Hilfe Verhandlungen anzubahnen, die eine friedliche Beilegung des Ausstandes ermöglichen lassen.

Ausland.

Von den englischen Möbelhändlern.

Zu den wenigen englischen Gewerkschaften mit sozialistischer Leitung gehören die Möbelhändler. Ihr Vorstand hat jetzt beim parlamentarischen Komitee die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses beantragt. Derselbe soll sich mit der Teuerung, Lohnrücklagen und mit der Haltung britischer Gewerkschaftler gegenüber der internationalen Gewerkschaftsbewegung und mit der durch gewisse Gewerkschaftsführer in Rekrutierungsreden wieder gegebenen Taktik befassen. Es werden Gegenmaßnahmen verlangt gegen den Einfluß, den die Rassenhagreden gewisser Arbeitervordenen haben müssen.

Aus Industrie und Handel.

Preisstreiberien bei Armeelieferungen.

Zu einer Mitgliederversammlung des Nationalliberalen Vereins zu Köln sprachen der Stadtverordnete Brüggenmann und der Großkaufmann Oppenheim, beide sehr gute Kenner des Geschäftslebens, über Preisstreiberien bei Armeelieferungen. Laut dem Stadtanzeiger der „Rheinischen Zeitung“ (Nr. 75) führten sie u. a. aus:

Ihren Höhepunkt habe die Preisstreiberie erreicht, herborgerufen zum Teil durch einen der Branche fernstehenden Gelegenheitshändlerhandel, bei dem viele in kurzer Zeit ein Vermögen erwarben. Es wäre empfehlens-

wert gewesen, rechtzeitig sachkundige heranzuziehen, und zwar durch eine in Friedenszeiten bereits geschaffene Organisation. Zu begrüßen seien die bereits vom Kriegsministerium getroffenen Maßnahmen zur Ausschaltung des Händlertums, nicht aber das Institut des Zentral-Einkaufsamts unter Mitwirkung der Berliner Handelskammer, eine Einrichtung, bei der die Provinzen Schaden leiden können. Es geht nicht an, daß auf der einen Seite Millionen ihre Gesundheit oder gar ihr Leben dem Vaterland opfern und andere Millionen in ihrer bürgerlichen Existenz vernichtet oder doch erschüttert werden, während auf der anderen Seite wenige sich maßlos bereichern. All das bedeute nicht nur einen schweren moralischen, sondern vor allem auch einen materiellen Schaden für das Reich. Zur Abhilfe sollten alle Militärbehörden, die Lieferungen zu vergeben haben, mit geeigneten kaufmännischen Beiräten sich versehen. Tüchtige Sachverständige gebe es in Hülle und Fülle, man müsse sie nur heranzuziehen verstehen. Diese Beiräte hätten sich nicht nur über Preise und Wertgehalt der zu liefernden und gelieferten Waren zu äußern, sondern auch die Verion der Lieferanten zu prüfen. Eine besondere Schwierigkeit bildet das Entdecken der für das Heer benötigten Stoffe. In manchen Fällen fehlt es nämlich an Angeboten, weil das Material zurückgehalten wird, um vom Staat oder Dritten höhere Preise zu erzielen. Der Krieg habe und bereits ein gut Stück Staatssozialismus gebracht. Wir brauchen wahrheitsgemäß noch mehr, um das Vaterland und die Volksgenossen vor wucherischer Ausbeutung zu schützen.

Die Kriegsorganisationen der deutschen Industrie.

Der Kriegsstand der deutschen Industrie veröffentlicht in der letzten Nummer seiner „Mitteilungen“ zwei Zusammenstellungen, die ein Bild von der gewaltigen Organisationsarbeit geben, die bisher in der Industrie geleistet worden ist. Die eine Aufstellung führt die Gesellschaften an, die geschaffen worden sind, um die namentlich für Kriegszwecke benötigten Rohstoffe in einer Hand zu vereinigen und sie dann zweckmäßig an die weiterverarbeitende Industrie zu verteilen. Es sind dies folgende 16 Gesellschaften bzw. Verbände:

- Deutsche Rohhaut-A.G., Berlin, Anhaltstraße, „Stuttgarter Hof“.
- Flachsabrechnungstelle, Geschäftsstelle: Darmstädter Bank, Berlin W., Schinkelplatz 1-4.
- Zuteilabrechnungstelle: Diskontogesellschaft, Berlin W 8, Unter den Linden 35.
- Kautschukabrechnungstelle, Geschäftsstelle bei der Deutschen Bank, Berlin, Kanonerstraße.
- Kriegschemikalien-A.G., Geschäftsstelle: Bankhaus Delbrück, Schöler u. Co., Berlin W., Rauerstr. 63/65.
- Kriegsbaumwoll-A.G., Berlin W., Ludowiger Str. 6.
- Kriegsleder-A.G., Geschäftsstelle: Kommerz- und Diskontobank, Berlin W., Leberstr. 46.
- Kriegsmetall-A.G., Geschäftsstelle Delbrück, Schöler u. Co., Berlin W., Rauerstr. 63/65.
- Kriegswollbedarfs-A.G., Berlin, Friedrichstr. 180.
- Leinwand-Abrechnungstelle, Geschäftsstelle: Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank), Berlin W 58, Schinkelplatz 1/4.
- Rohbaumwoll-Abrechnungstelle in der Diskontogesellschaft, Berlin W., Unter den Linden 35.
- Rohhaar-Abrechnungstelle der deutschen Rohhaar-Spinner, Berlin W 8, Kanonerstr. 29/30.
- Vereinigung des Wollhandels in Leipzig, befehlt sich mit der Verteilung von Kämmlingen, Wollabfällen und untergeordneten Wollsorten, die aus den feindlichen besetzten Gebieten nach Deutschland übergeführt werden.
- Kriegsleder-Ausrüstungsverband, Berlin, Kochstraße 3.
- Kriegsstüberband, Berlin, Hotel Kaiserhof (zuständig für Streichgarnstoffe).
- Kriegs-Weberverband, Berlin, Friedrichstraße 180 (zuständig für Kammergerlagstoffe).
- Die zweite Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über die Zentralkstellen zur Begutachtung von Ausfuhranträgen. Es wirken dafür:
- Zentralkstelle für die chemische Industrie, Direktor Wenzel und Dr. Hornen, Berlin W 10, Sigismundstr. 3.
- Zentralkstelle für die Eisen- und Stahlindustrie, Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Dr. Reichert, Berlin W 9, Antstr. 25 III.
- Zentralkstelle für Gerbstoffe, Häute und Felle zur Lederbereitung, Leder und Lederwaren, Dr. Lüders, Geschäftsführer des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, Berlin SW 11, Bernburger Str. 24 25.
- Zentralkstelle für die Siebereien, Geschäftsführer des Siebereiverbandes, Regierungsrat a. D. Prof. Dr. Leibig, Berlin W. 15, Pfalzburger Str. 72a.
- Zentralkstelle für die kautschukverarbeitenden Betriebe, Dr. Soetheer, Geschäftsführer des Zentralvereins deutscher Kautschukwarenfabriken, Berlin O., Neue Friedrichstr. 68/69.
- Zentralkstelle für die Maschinen-Industrie, Dipl.-Ing. Rösch, Geschäftsführer des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten, Charlottenburg U. Hardenbergstr. 3.
- Zentralkstelle für die optische Industrie, Regierungsrat Dr. Hartung, Schlachtensee bei Berlin, Albrechtstr. 12.
- Zentralkstelle für die Papierindustrie, A. Dittes, Generaldirektor des Vereins deutscher Papierfabrikanten, Berlin W 10, Lützowufer 17 part.
- Zentralkstelle für Wollengarn, Dr. Sebnen, Geschäftsführer des Vereins deutscher Wollkämmer und Kammergerlagspinner, Berlin W 9, Sudapeter Str. 6 II.
- Zentralkstelle für Wollgewebe, Gustav Weber, Direktor der Höheren Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Berlin O 37, Marienstr. 49.
- Zentralkstelle für die Juckerindustrie, Th. Sonnen, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Juckerrefinerien, S. m. b. H., Berlin W 9, Köthener Str. 38.

Von der belgischen Industrie. Die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet aus Brüssel: Die Bemühungen des Generalgouverneurs Freiherrn v. Wisting, der belgischen Industrie unter der deutschen Verwaltung allmählich wieder auf die Beine zu helfen, sind von Erfolg gekrönt. In der letzten Woche haben mehrere große industrielle Werke, darunter das große Hütten- und Kohlenwerk Dugre-Marchais im Pärticher Bezirk, das gegen 10 000 Arbeiter beschäftigt, die Tätigkeit wieder begonnen. Dadurch ist selbstverständlich auch die Kohlenförderung wieder geboten.

Die Pariser Finanzkonferenz. Wie der Brüsseler Mitarbeiter der „Magdeburgerischen Zeitung“ meldet, verlautet dort über die Ergebnisse der Pariser Finanzkonferenz folgende Einzelheiten: Die Konferenz beschloß:

1. Die Bank von Frankreich und die Bank von England gewähren Rußland einen Vorstoß von je sechshundert Millionen Franc zur Einlösung seiner in Paris und London fälligen Verpflichtungen.
2. Die Konferenz genehmigte grundsätzlich den Finanzplan Raslawitsh zur Dehung des Rubelkurses durch Ausgabe gemeinsamer englisch-französisch-russischer Schatzscheine, die die Ausgabe in Rubeln erleichtern sollen.
3. Die Emission einer gemeinsamen Kriegsanleihe wurde bis zur Beilegung der konstitutionellen Schwierigkeiten in Frankreich und England vertagt.
- Der russische Finanzminister Warf hat ferner seine Pariser Anwesenheit dazu benutzt, um mit dem Crédit Lyonnais wegen Unterbringung einer russischen Schatzschatz-Anleihe von tausend Millionen Franc zum Zinsfuß von sechs Prozent zu unterhandeln. Infolge des unbefriedigenden französischen Geldstandes konnte aber der Crédit Lyonnais das Geschäft nicht machen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 150 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1. und 4. Garde-Reg.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Franz und Nr. 5.
- Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 15, 19, 23, 24, 29, 40, 42, 46, 51, 57, 61, 63, 66, 76, 77, 78, 79, 80, 88, 91, 93, 99, 110, 111, 114, 115, 128, 135, 137, 141, 156, 158, 159, 160, 162, 163, 167, 169, 171, 172, 173, 174, 176, 176; Ersatz-Reg. Nr. 28; Inf.-Regiment Nr. 1, 5, 6, 7, 23, 24, 29, 30, 48, 52, 66, 74, 76, 80, 81, 82, 83, 87, 93, 202, 206, 209, 213, 214, 219, 222, 223, 224, 225, 226, 228, 229, 230; Inf.-Ersatz-Reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 7, 11, 23, 26, 40, 51, 66, 73, 74; Ueberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 5 und Nr. 6 des IV. Armeekorps; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 5, 7, 15, 20, 21, 27, 33, 36, 37, 44, 81; Landsturm-Bataillone Calau, V. Darmsdorf, Königs, Pforzheim, 2. Prenzlau, 3. Rendsburg Nr. 52; Jäger-Bataillone Nr. 6, 8; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1, 3, 18, 19; Festungs-Maschinengewehr-Formation VI Posen, Abteilung Nr. 1; Ostflottille Königsberg.
- Regiment der Garde du Corps; Dragoner Nr. 9; Husaren Nr. 10; Manen Nr. 18, 15.
- 6. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regiment Nr. 2, 21, 26, 58, 59, 66, 68, 79; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 6, 25, 43.
- Füsilier-Regiment Nr. 10, 18; Ref.-Füsilier-Regiment Nr. 2, 5, 8, 15, 25; Ersatz-Füsilier-Bat. Nr. 21; Ueberplanmäßige Batterie F des Abt. III der Festung Metz.
- Pionier-Bataillone: I. und II. Nr. 2, I. Nr. 5, I. Nr. 7, II. Nr. 11, I. Nr. 16, I. Nr. 17; Pionier-Ersatz-Bataillone Nr. 9 und III. Nr. 28; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 32; Schwere Minenverfer-Abt. Nr. 5 der Armee-Abt. v. Strang.
- Krafftfahr-Bataillon.
- Fortifikation Festung Boyen.
- Ragazin-Fußpark-Kolonnen Nr. 12 der 5. Armee.
- Bewachungs-Kommando des Gefangenenlagers Schneidemühl.

Die bayerische Verlustliste Nr. 153 bringt Verluste des Inf.-Leib-Reg.; 1., 2., 3., 5., 6., 7., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 17., 19., 20., 21. und 23. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 4, 10, 11, 12, 15, 20; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 6; Ersatz-Inf.-Regiment Nr. 1, 2, 3, 4; Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 2; Landst.-Inf.-Bat. Deggendorf; Landsturm-Kompagnie; 7. und 11. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; 2. Füsilier-Reg.; Pionier-Reg.; 1., 2. und 3. Pionier-Bat.; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 6; 2. Landw.-Pionier-Komp.; 1. Armeekorps; 1. Landw.-Pionier-Komp., III. Armeekorps; 2. Landw.-Pionier-Komp., III. Armeekorps; Ref.-Munitionskolonnen-Abt. Nr. 5.

Die sächsische Verlustliste Nr. 108 bringt Verluste des Inf.-Regiment Nr. 100, 106, 107, 139, 177, 179, 182; Ref.-Inf.-Regiment Nr. 102, 103, 104; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 133; Landw.-Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 47; Jäger-Bat. Nr. 12; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 12; Feld-Maschinengewehr-Reg. Nr. 69; Garde-Reiter; Karabinier-Reg.; Manen Nr. 18; Ref.-Manen; Husaren Nr. 18, 19, 20; Ref.-Husaren; 2. Landst.-Eskadron, XII. Armeekorps; Feldart.-Regiment Nr. 12, 32, 48, 64, 68, 77, 78; Ref.-Feldart.-Regiment Nr. 23, 53; Ersatz-Abteilungen, Feldart.-Regiment Nr. 32, 48; Landst.-Feldbatterie, XII. Armeekorps.

Die württembergische Verlustliste Nr. 116 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 247; Verluste durch Krankheit und Verletzungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin.

Erneuerung eines Alkoholverbotes.

Amtlich. Berlin, 15. Januar. (W. L. B.) Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Da die vielfachen Warnungen und Aufklärungen durch die Behörden und die Presse nicht den nötigen Erfolg gehabt haben, bestimme ich hiermit auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: In Gast- und Schankwirtschaften darf an Militärpersonen aller Dienstgrade in Uniform Alkohol in Form von Branntwein, Likören, Rum, Arrak, Cognac oder aus diesen Stoffen bereiteten Getränken nicht verabreicht werden, weder auf eigene Bestellung noch auf Veranlassung anderer Personen.

Diese Bestimmung tritt am Freitag, den 19. Februar 1915, in Kraft.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft oder haben die Schließung der Wirtschaft zur Folge.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
v. Kessel, Generaloberst.

Die Kunst in der Kriegswohltätigkeit.

Die anfängliche vernünftige Entschließung, in dieser Saison auch keine glänzenden arrangierten Wohltätigkeitsfeste zu veranstalten, hat nicht ganz standgehalten. Es mehren sich die Festlichkeiten für Kriegswohltätigkeitszwecke. Nun sind wir die letzten, die unseren Kriegsteilnehmern und sonstigen infolge des Krieges nothleidenden Personen besondere Mittel nicht von Herzen gönnten. Vielfach kommt aber nichts oder nur ein kaum nennenswerter Betrag ein. Ja, es wird mitunter trotz der wiederholenden Plakate von vornherein erklärt, daß angelegentlich der Fülle solcher Veranstaltungen und wegen der unvermeidlichen Unkosten ein Ueberfluß schwerlich zu erzielen sei. Wo bleibt also der Zweck? Man unterhält oder amüsiert sich bei diesen Festen und glaubt ein gutes Werk getan zu haben, aber diejenigen, denen geholfen werden sollte, haben das Nachsehen.

Nicht weniger peinlich empfinden das häufig die ausübenden künstlerischen Kräfte. Künstler von Bedeutung werden schon in Friedenszeiten mit Bitten bestürmt, für Wohltätigkeitszwecke aufzutreten. Es ist ihnen einfach unmöglich, allen diesen Anforderungen zu entsprechen, und manche verhalten sich, weil sie überlaufen wurden, schon grundsätzlich ablehnend. In der jetzigen Zeit sind unsere Künstler aller Arten mit ihren Talenten gefeuerter, aber sie wollen dann wenigstens wissen, wofür sie ihr Können hergeben, wollen nicht nur den Beifall ernten, an den sie gewöhnt sind, sondern wollen mithelfen an der Binderung der Not. Kein Wunder also, daß die größeren Sterne am Kunsthimmel recht vorsichtig geworden und nur die zu haben sind, wo die Veranstaltung auch wirklich den beabsichtigten Erfolg verspricht.

Das hat die Bohemien der Kunst und die Dilettanten in Massen auf den Plan gerufen. Die Deutchen, die da oben in den Dachkammern und Gartenhäusern des Berliner Westens ein oft mehr als bescheidenes Dasein leben und von Ruhm träumen, feiern ihre ersten Triumphe. Gänzlich un-

bekannte Künstlernamen von Schulze mit 'n' bis zu Neumann und Krause stehen in pompösen Buchstaben auf dem Zettel.

Mag sein, daß auf diese Weise der Künstlertraum dieses oder jenes Talentes, das bisher verborgen war, zur Wahrheit wird, aber die Wohltätigkeitsfeste selber werden auch dadurch nicht gerechtfertigt. Wer geben will, hat heute soviel Gelegenheit dazu, daß er nicht erst nach einem Wohltätigkeitsfest zu gehen braucht. Es gibt genügend Organisationen, die gern Mittel entgegennehmen und auch Gewähr bieten für eine angemessene Verteilung der Gaben.

Die Brotkarte.

Der Magistrat veröffentlicht im Inzeratenteil der heutigen Nummer die näheren Vorschriften über die Abgabe von Brot und Mehl. Unsere Leser finden dort zusammengestellt alle Einzelbestimmungen, die wir schon kurz mitgeteilt haben. Wir verweisen unsere Leser auf diese Veröffentlichungen des Magistrats.

Die Ueberschreitung der Kartoffelhöchstpreise in Berlin.

Die vom Oberkommandierenden der Marken für Berlin festgesetzten Höchstpreise für Kartoffeln im Kleinverkauf werden fast nirgends eingehalten. Die Händler sagen, sie bekommen vom Großhändler zu den üblichen Preisen keine Kartoffeln und könnten deshalb zu den festgesetzten Preisen nicht verkaufen. Das Publikum zahlt vielfach die geforderten Preise von 45-50 Pfennig für 10 Pfund, um überhaupt Kartoffeln zu erhalten. In einigen Fällen, in denen Händler sich weigerten, Kartoffeln zu verkaufen in der Erwartung, in Kürze höhere Preise zu erzielen, haben Frauen die Polizei in Anspruch genommen, die den Händler zum Verkauf nötigte unter Androhung der Schließung des Geschäfts. Der Andrang zu dem häßlichen Kartoffelverkauf in den Markthallen ist noch immer sehr stark. Offenlich werden die Schwierigkeiten im Kartoffelverkauf baldigt überwunden. Das wird radikal aber nur möglich sein, wenn eine Beschlagnahme der Kartoffeln erfolgt und die Festsetzung möglicher Höchstpreise für den Großhandel. Diese Maßnahme ist nach der Beschlagnahme der Getreidevorräte gar nicht zu umgehen.

Der Klippfisch in der Markthalle.

Der Magistrat hat für Beschaffung von Klippfischen Sorge getragen und läßt in den Markthallen diese Fische verkaufen. Die Hausfrauen sind mit dem Kauf noch sehr zurückhaltend. Das ist verständlich; ist doch der Klippfisch in Berlin wenig bekannt. Und wer die harten, ledernen Dinger sieht, will nicht recht daran glauben, daß sie zur menschlichen Nahrung sich eignen. Wer allerdings Klippfische zur Mittagmahlzeit bereiten will, muß seinen Einkauf sehr zeitig vollziehen. Der Klippfisch muß 24 Stunden wässern. Die Hausfrauen müssen innerhalb dieser Zeit dreimal frisches Wasser nehmen. Der Fisch quillt auf und nach dem zweiten Wässern kann man leicht die Haut abziehen. Der Klippfisch kann auf die verschiedenste Weise zubereitet werden, wie die Kochrezepte ergeben, die in den Markthallen mit verbreitet werden.

Die Stockfische, die ebenfalls zu haben sind, werden ähnlich hergestellt. Es empfiehlt sich, wie wir aus einer Anleitung entnehmen, Stockfische nach dem zweiten Wässern stark zu klopfern.

Bemerk sei noch, daß für die Herstellung von Seestemänder Klippfisch nur allerfrischste Fische verwandt werden können, minderwertige alte Fische eignen sich nicht zum Trocknen.

Keine Pfannkuchen.

Die Verkäufer werden heute am Faschachtage auf die sonst üblichen Pfannkuchen verzichten müssen, da die Vädermeister beschloffen haben, von dem Pfannkuchentoden Abstand zu nehmen.

Kartoffelverkauf in Neudölln.

Die Lebensmittelkommission beschloß in ihrer gestrigen Sitzung den Kartoffelverkauf für das konlumierende Publikum nachmittags von 3-5 Uhr auf dem städtischen Eierwerk, Mittelbuckweg vorzunehmen. Die Kartoffeln werden in Mengen von 1/2 und 1 Zentner zum Preise von 4 M. pro Zentner abgegeben.

Zusammenstoß. Vor dem Hause Brunnenstraße 28 fuhr am Sonntagabend ein beladener Schlächterwagen gegen die Vorderplattform eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagens der Linie 38. Der Zusammenstoß war so heftig, daß an dem Führerwerk die Weichsel brach und eines der Pferde schwer verletzt wurde, während am Bahnwagen die Plattform eingedrückt wurde. Von den vier Fahrgästen, welche infolge des Zusammenstoßes Verletzungen davontrugen, mußte der Straßenbahnführer John nach dem Krankenhaus transportiert werden, während sich die übrigen drei nach ihren Wohnungen begeben konnten.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am gestrigen Montagmorgen in der Schönhauser Allee zugetragen. Dort fuhr vor dem Hause Nr. 59 der 10jährige Schüler Steinide im Eifer des Spieles auf das Gleis und wurde von einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 50 umgefahren. Der Knabe geriet unter den Vorderperson und unter den Schutrahmen und konnte, obwohl die Verletzungsarbeiten unter Anwendung der mitgeführten Winden der Straßenbahn nur etwa drei Minuten in Anspruch nahmen, nur noch tot hervorgezogen werden.

Kleine Nachrichten. Aus dem dritten Stockwerk ihrer im Hause Steinmehlf. 25 belegenen Wohnung stürzte sich am Sonntag die 57jährige Wittkatharina Luise Gruner, die lungenleidend und seit längerer Zeit stellunglos war. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde die 54jährige unbefähigte Näherin A. Schmidt aus der Weichselstr. 13. Nach den Feststellungen des Arztes ist dieselbe schon vor ca. 14 Tagen einem Herzschlage erlegen. — Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde am Sonntag auf dem Treppengang des Hauses Weichselstr. 23 aufgefunden.

Großes Hallen-Sportfest im Sportpalast.

Der Verband Berliner Athletik-Vereine hatte seine Meisterschaft für den Sonntag angekündigt und es waren daraufhin so zahlreiche Meldungen eingegangen, daß verschiedene Vorläufe notwendig wurden, ehe die Siegermannschaften zur Entscheidung antreten konnten. Die erzielten Leistungen waren zum Teil recht achtbar und gaben Zeugnis von dem gesunden Sinn der Jugend, ihre Körperkräfte zu fühlen. Der Besuch war nur mäßig, was wohl dem milden Frühlingstage zuzuschreiben ist; gegen Abend zum Abendessen hätten sich dann die Räume mehr. Die Damen waren gut besetzt und gipfelten in der Winter-Meisterschaft, die von Stabe und Lorenz mit gleicher Punktzahl gewonnen wurde. Ein Meisterstück leistete sich Aend, der im letzten Lauf seinen Gegnern davonstieß und nicht mehr zu holen war. Zwei Dauerrennen über 15 und 25 Kilometer haben Stellbrink und Pawle siegreich. Der letzte Lauf gestaltete sich recht lebhaft und abwechslungsreich, so daß die Zuschauer einen spannungsvollen Kampf sahen.

Ergebnisse:
Stämien-Rennen. 5000 Meter. 50, 30, 20 und 10 M. Jede 3. Runde eine Weiche. L. Finz 6 Min. 45 Sek., 2. Hoffmann, 3. Wehly, 4. Köhly. Prämien erhielten Bauer (4), Hoffmann und Wehrandt (2), Grünberg und Wehly (1).

Berfolgungskrennen zwischen Damer-Willy und Wehly-Weh.

Erstere gewinnen leicht.
Dauerrennen über 15 Kilometer hinter Landensführung. 150, 100 und 50 M. 1. Stellbrink 30 Min. 09 Sek.; 2. Saldow, 1/4 Runde zurück; 3. Pawle, in der vorletzten Runde aufgegeben.
Dauerrennen über 25 Kilometer. 100, 120 und 80 M. 1. Pawle 33 Min. 7 Sek.; 2. Saldow, 20 Meter; 3. Stellbrink, 400 Meter.
Winter-Meisterschaft. 1000 Meter. 3 Läufe. 150, 80, 50, 30 M. 1. Lauf: 1. Stabe vor Lorenz, Hoffmann, Aend, Peter; 2. Lauf: 1. Lorenz vor Peter, Stabe, Hoffmann, Aend; 3. Lauf: 1. Aend vor Stabe, Lorenz, Hoffmann, Peter. Sieger: 1. Stabe und Lorenz (6 Punkte), Aend (10), Hoffmann (11), Peter (12).

Hallen-Meisterschaft des Verbandes Deutscher Athletik-Vereine.

2000 Meter-Vorgabelaufen. Herzog (Stett. S. G.) 5:58.
50 Meter-Laufen (Meisterschaft). Ripel (Leutonia) 0:57.
Stabhochsprung. Lehninger und Schidrom (Zurgenmeide in Berlin) 3:20 Meter.
400 Meter-Laufen (Meisterschaft) Klahn (Romet) 0:59.
Kugelstoßen. Wäßler 10:90 Meter.
3 mal 200 Meter-Gilbentlauf. Zurgenem in Berlin 1:21.
Hochsprung. Schom (Leutonia) 1:70 Meter.
2000 Meter-Staffettenlauf. Berl. Sport-Klub 5:10.

Kinderveranstaltungen in Neudölln.

Mittwoch, den 17. Februar, Märchenvorstellungen im Kindergarten und in den beiden Jugendheimen. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Donnerstag Arbeitsstunden für Mädchen und Freitag für Knaben in den bekannten Lokalen. Anfang 4 Uhr. Es wird gebeten, nur schulpflichtige Kinder zu schicken.
Sonntag, den 20. Februar, Vortrag des Herrn Schneider im Jugendheim I, Idealpassage, für Kinder von 12-14 Jahren. Anfang 5 Uhr. Eintritt frei.
Sonntag, den 21. Februar, Brunnenwaldwanderung nach Pflaßwerder zum „Alten Baum“. Treffpunkt bei 10 Uhr an den Sammelstellen. Abfahrt 11 Uhr vom Bahnhof Neudölln und Hermannstraße. Fahrpreis 40 Pf., für Kinder unter 10 Jahren 20 Pf. Lieberbrüder mitbringen.

Gerichtszeitung.

Gegen das Höchstpreisgebot.

Zur Warnung für jene Kartoffelhändler, die sich mit allen möglichen Mitteln vor der Innehaltung der amtlichen Höchstpreise zu drücken suchen, kann ein Fall dienen, welcher gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Unger beschäftigte.

Wegen Vergehens gegen die Verordnung betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln vom 17. Dezember v. J. war der Gemüsehändler Franz Schuppe, Svinenränder Str. 1 wohnhaft, angeklagt. Seit einiger Zeit wird von Hausfrauen lebhaft Klage darüber geführt, daß sich zahlreiche Gemüsehändler ganz offen in direkten Widerspruch zu der Verordnung betr. die Höchstpreise setzen. Die Händler gebrauchen dabei den Trick, zu erklären, daß sie Speisekartoffeln zu den amtlichen Höchstpreisen nicht mehr hätten, wohl aber wäre noch ein kleines Quantum „Soßkartoffeln“ da, welche aber 5 Pfund 25 Pf. kosten. Andere Händler gebrauchen aber gar nicht erst diesen Einwand, sondern erklären rundweg, wenn der Käufer nicht 25 Pf. für 5 Pfund bezahlen wolle, so könne er keine Kartoffeln bekommen. Anstatt nun einfach das nächste Polizeirevier zu benachrichtigen, zahlte viele Frauen den verlangten hohen Preis, zum Teil „der Leute wegen“, die im Laden anwesend sind, oder aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. In dem jetzt zur Anklage stehenden Fall war der als Juge geladene Rater G. über die Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen mit Recht empört und besah, einmal ein Exemplar zu notieren. Er kaufte in dem Geschäft des jetzigen Angeklagten Schuppe 10 Pfd. Kartoffeln. Für diese mußte er 45 Pf. bezahlen, während der Höchstpreis bekanntlich nur 40 Pf. beträgt. Mit den Kartoffeln ging er schmerzhaft nach dem nächsten Polizeirevier und erstattete Anzeige.

Vor Gericht verhandelte der Angeklagte mit der oben erwähnten Ausrede sein Glück, indem er angab, es habe sich um Soßkartoffeln gehandelt, die ebenso wie Salatkartoffeln von der amtlichen Preisfestsetzung ausgeschlossen seien. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einer Woche, da ein derartiges Vergehen gegen die zum Schutze der Volksernährung erlassenen Kriegsgesetze so unpatriotisch und gemein sei, daß nur eine Gefängnisstrafe die richtige Sühne sei. Das Gericht nahm, da der Angeklagte nur wegen eines geringfügigen Gewerbevergehens verurteilt ist, von der Verhängung einer Gefängnisstrafe Abstand, verurteilte den Angeklagten aber zu 100 M. Geldstrafe, so daß dieser, da noch die nicht unerheblichen Gerichtskosten hinzukommen, mit der unbedingten Mehrforderung von 5 Pf. ein sehr schlechtes Geschäft gemacht hat.

Verleumdung eines Dienstmädchens.

Durch eine niederträchtige Anschuldigung gegen ein unbescholtenes Dienstmädchen verfuhr der Techniker und Installateur Otto Börig, der gestern wegen eines Diebstahls an einem Brillantkollier vor einer Strafkammer des Landgerichts I stand, sich vor schwerer Strafe zu retten.

Der Angeklagte, ein selbständig arbeitender beheizter Mann, gehörte zu den Patienten des praktischen Arztes Dr. Sühnigh und erkrankte vor diesem die umfangreichen Inhalationsarbeiten zugewiesen, die in der Wohnung des Arztes vorgenommen werden mußten. Er war mit anderen Hilfskräften wochenlang in der Wohnung beschäftigt, auch nachdem Frau Dr. S. im Juli ihre Sommerreise angetreten hatte. Vor ihrer Abreise hatte sie ihr wertvolles Brillantkollier in die Schublade der Anrichte gelegt und diese sorgfältig verschlossen. Nach ihrer Rückkehr am ersten Mobilmachungstage entdeckte sie eines Tages, als sie aus der Anrichte etwas herausnehmen wollte, daß sich das Schloß der Schublade auffallend schwer öffnen ließ und es waren deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß der Kasten gewaltsam geöffnet worden war. Der wertvolle Brillantkollier war daraus verschwunden. Die Kriminalpolizei konnte bald feststellen, daß das Kollier auf den Namen des Angeklagten bei einem Goldwarenändler verkauft worden war. Börig bestritt dies auch gar nicht, rügte aber mit der ersenklichen Behauptung heraus, daß er den Schmutz von dem Dienstmädchen der Frau Dr. S. erhalten, in dessen Auftrag verkauft und den Erlös an das Mädchen abgeliefert habe. Er blieb auch in der gestrigen Verhandlung bei dieser Behauptung, ohne mit der Wimper zu zucken, obgleich das Mädchen ihn in höchster Erregung Wort für Wort Lügen krachte. Dr. S., der erst im Laufe des Verfahrens zu seiner Ueberraschung erfahren hatte, daß sein Patient schon wehrlos, auch mit Zuchthaus, verurteilt ist, beandete in Uebereinstimmung mit seiner Ehefrau, daß das so schwer beschuldigte Mädchen über zwei Jahre in seinen Diensten stehe, sich stets als ehrlich und tadellos bewiesen habe, so daß die Anschuldigung des Angeklagten gänzlich erfinden sei. Das Gericht war derselben Meinung, es verurteilte den Angeklagten zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung.

Vorsicht mit Schußwaffen.

Das leichtfertige Umgehen mit einer Schußwaffe, welches den Tod eines Militärfliegers zur Folge gehabt hatte, hatte gestern ein Nachspiel vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen fahrlässiger Tötung war der Portier Edwin Schilhanek angeklagt.

Der Angeklagte, welcher Pförtner und Wächter auf dem Flugplatz der A. G. G. in Nieder-Neuendorf ist, erhielt am Nachmittag

Des 31. Dezember v. J. den Besuch der Feldwebel Baruhn und Namowitz, die auf dem Platz Flugunterricht erhielten. Das Gespräch kam auf Schusswaffen und bei dieser Gelegenheit holte er seine Browningspistole hervor. Anstatt, wie es Vorschrift ist, beim Entladen einer Schusswaffe die Mündung nach unten zu halten, hielt er die Pistole mit der Mündung nach der Richtung, in der der Feldwebel Baruhn saß. Die Waffe entlad sich plötzlich und Baruhn fiel ins Herz getroffen, tot zu Boden. — Vor Gericht machte Rechtsanwält Bahm als strafmildernd geltend, daß der Angeklagte nicht damit habe rechnen können, daß der Nachwächter des Platzes die Waffe mit einer Patrone im Lauf in den Tischkasten gelegt hatte. Das Gericht erbielt die Fahrlässigkeit darin, daß der Angeklagte eine Waffe, von der er nicht genau wußte, daß sie ungeladen war, nicht mit der Mündung nach unten gehalten hätte. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis.

Soziales.

Gegen Gehaltskürzung wegen Kriegsausbruchs.

Das Gewerbegericht in Hannover hatte dieser Tage in ähnlicher Weise wie von anderen Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, entschieden, daß ein Abzug vom Gehalt, der aus Anlaß des Krieges vorgenommen war, nachträglich eingeklagt werden kann, auch wenn der inzwischen entlassene Gewerbegehilfe sich mit dem Abzug einverstanden erklärt.

Ein Damenfriseurgehilfe klagte gegen einen Friseur. Von dem Beklagten, der ungefähr zehn Personen beschäftigt, war nach dem Kriegsausbruch wegen des zurückgegangenen Geschäftes eine allgemeine Lohnreduzierung vorgenommen worden, um seine Entlassungen vornehmen zu brauchen. Auch der Kläger hatte sich unter diesen ihn anscheinend von dem Gespenst der Stellenlosigkeit befreienden Umständen damit einverstanden erklärt, daß sein Monatsgehalt, das bis dahin 100 M. betrug, um 80 M. gekürzt wurde. Schließlich ist der Kläger aber doch am 15. v. M. nach vorausgegangenem gerichtlicher Kündigung entlassen worden, und zwar aus Gründen, die als fruchtlos wohl angesehen werden konnten, aber dem Prinzipal schon lange vorher bekannt gewesen waren, ohne daß er von seinem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht hätte. Der Gehilfe, der sich auf den Standpunkt stellte, daß er sich angesichts der Kündigung und Entlassung die bisherigen Gehaltskürzungen nicht gefallen zu lassen brauche, klagte gegen St. beim Gewerbegericht auf Zahlung der Abzüge im Gesamtbetrag von 303 M. mit der Begründung, daß nur die von dem Prinzipal ausgeprochene Garantie des Verbleibens in der Stellung ihn demotiviert habe, seinerzeit auf die Reduzierung des Gehalts einzugehen. Von dem Kaufmannsgericht Hannover war kürzlich in einer ähnlich liegenden Klage der beklagte Prinzipal zur Rückzahlung verurteilt worden, weil nach Ansicht des Gerichts von dem Prinzipal durch Erreichung der Gehaltsreduzierungen gewisse naheliegende Garantien erwirrt werden mußten. Diesen Standpunkt hat auch das Gewerbegericht Hannover (Voritzender Justizrat Pajunga) geteilt, das von dem Klagebetrag lediglich aus Billigkeitsgründen 11 M. Verjährungsgelder kürzte und im übrigen den Beklagten kostenpflichtig zur Zahlung von 292 M. verurteilte.

Kleine Nachrichten.

Weiteres aus dem Schützengraben.

Die „Elbinger Zeitung“ gibt aus dem Briefe eines Kriegers, der im Kampfe gegen die Russen steht, einige Stellen wieder, aus denen hervorgeht, daß auch im Schützengrabenkampf der Humor zu seinem Rechte kommt. Es heißt in dem Schreiben:

„Mitunter kommen drollige Dinge vor. Nachts war in den Schützengräben Protzfangung. Einer unserer Soldaten, schwer mit Brot beladen, verirrte sich und näherte sich, nichts Böses ahnend, den russischen Schützengräben und rief wiederholt in seiner Muttersprache: „Regiment X, 10. Kompanie. Hier Brot, hier Brot!“ Die Russen lachten: „Ja, hier X, hier die 10. Kompanie. Der Mann ging feilenruhig zu den Russen hin. Die feilen nahmen im Herculität das Brot ab und ließen den Mann großmütig laufen.“

Ein anderer Fall! Ein Mann von uns verließ in der Nacht den Schützengraben, kletterte in die Nachbarniederung hinab, um in einer mitgebrachten Wasserkanne Wasser zu holen. Auch er verirrte sich, kam den russischen Schützengräben zu nahe, bis er auf eine russische Hochpatrouille stieß. Bezeichnenderweise griff diese, eine Kriegslist vermutend, den einzelnen Soldaten nicht an. Als dieser die Patrouille bemerkte, ließ er sich erschreckt auf den Boden fallen, pflanzte die Wasserkanne vor sich auf und verhielt sich zunächst regungslos. Auch die russische Patrouille rührte sich nicht. Aus dieser ungemütlichen Stellung begann er seinen Rückzug, indem er, allmählich nach rückwärts kriechend, Reichs an nahm, immer die Wasserkanne vor sich haltend. Endlich schossen die Russen, trafen den Mann jedoch nicht. Dieser kroch immer weiter zurück, bis er im Dunkel verschwand und getretet war.

Die Ueberflutung des Tibers.

Nach einer Meldung aus Rom ist der Tiber im Steigen begriffen. Das Hochwasser nahm gestern nachmittag weiter zu, füllte die Böschungen der Tiberriver und Engelsbrücke und trat vielfach über die Ufer, besonders in der Engelsgasse, im Borgo, in der Via Marmorata und in der Umgebung der St. Pauls-Basilika. Auf der Bartholomäusinsel erreichte das Wasser das erste Stockwerk der Häuser; im Heiligen Geists-Spital wurden die im ersten Stock liegenden Kranken höher hinauf gebracht. Ein Calciumcarbidlager in der Via Portuense wurde überflutet, aber die dadurch verursachten Explosionen forderten keine Menschenopfer. Sioniere und Feuerwehrgesellschaften griffen wirksam ein. Nach dem „Giornale d'Italia“ lassen die Nachrichten aus den stromauf gelegenen Städten auf Abnahme des Hochwassers schließen.

Explosion bei einem Maskenball.

Die „Agence Vulgare“ meldet aus Sofia vom gestrigen Tage: Heute nacht erfolgte im Saale des Gemeindefestsaales, wo ein von bulgarischen Künstlern veranstalteter Maskenball eine zahlreiche Gesellschaft verammelt hatte, aus bisher unbekannter Ursache eine Explosion. Man glaubt, daß es sich um eine Bombe oder eine Pulvermaschine gehandelt hat. Eine Person wurde getötet, etwa zehn verletzt, darunter zwei schwer. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Dreiunddreißig spanische Soldaten ertrunken.

Die Barcelonaer Blätter aus Larraso melden, ferner dort eine Barfasser mit neunzig spanischen Soldaten. Dreiunddreißig sollen ertrunken sein.

Parteiveranstaltungen.

II. Kreis. Jugendabteilung. Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet für die jugendlichen Genossen über 18 Jahre im Lokal von Klebe, Platz Nr. 76, eine Versammlung mit Vortrag statt.
IV. Wahlkreis. Jugendabteilung. Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Belkula, Andreasstr. 21, ein Diskussionsabend mit einleitendem Vortrag statt.
Tempelhof. Heute, abends 8 1/2 Uhr, findet im Genossenschaftswirtschaftshaus, Dorfstr. 50, die Mitgliederversammlung des Wahlkreises statt. Referenten: Genosse Feig zu Seil und Dr. Dunder.
Schöneberg. Mittwoch, den 17. Februar, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht, 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung, 3. Gemeindevorstandsbereich, 4. Kreisangelegenheiten und Berichtsbereich. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endestr. 3, IV. Hof rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefe ohne Merkzeichen werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

S. S. H. S. 15. 1. Wenden Sie sich an Dr. Schünemann, Dronienstr. 139. 2. Konfusion meinen Sie wohl? Tuschung, 3. 61 Jahre, 4. 10. April 1907. — **S. S. 100.** Wenn nicht höhere Bildung, welche sehr hohe Kosten verursacht, ermöglicht werden kann, dann nicht zu empfehlen, weil höhere Karriere sonst ausgeschlossen. — **S. M.** Nicht zu empfehlen. — **300 M.** Bestehen Sie doch, daß der Mann in eine Trinkerhölle aufgenommen wird. — **Frankfurt a. M. 31.** 1. Zurückgefallen wegen Schwerkriegsleistung. 2. Wegen Herzfehler landwirtschaftlich. — **H. S. 20.** Beantworten Sie eine Ermüdung. — **S. S. 25.** Nein. — **S. S. 100.** Die Zeichen kennen wir nicht. — **H. S. 1.** Die entbehrlichen Sachen können einbehalten werden. 2. Von der Armenverwaltung werden Sie dafür keine Unterstützung bekommen. 3. Ihre Frau bekommt die Unterstützung weiter. — **H. 7.** Eine Kapitalabnahme ist bei der Unfallrente nur zulässig, wenn die Rente nicht mehr als 20 Proz. beträgt. Es steht aber im Belieben der Versicherungsanstalt, auf eine Abfindung einzugehen, geringerer kann sie dazu nicht werden. Und nun das Versicherungsamt darüber gehört werden. — **H. 24.** Die Abrede scheint nicht rechtsgültig. Sie müßten Klage einreichen. — **H. 3. 6. 10.** Ihre Frage ist nicht verständlich. Kommen Sie zu uns in die Sprechstunde. — **Reinhold 70.** 1. und 2. Ja. — **W. S. 7.** Zunächst nicht möglich und können. Wenn Erfolg ausbleibt, dann Säber und Einreibungen mit weißer oder grauer Quecksilberfarbe. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn schon seit einiger Zeit, dann Arzt fragen. — **S. S. 11.** Derartige Stellen privater Natur können wir nicht empfehlen. Je nach den Umständen können Sie sich an die Stützungsabteilung des Magistrats, Poststr. 16, wenden. — **H. S. 65.** 1. In diesem Falle können dieselben im Werte sinken. 2. und 3. In dieser Hinsicht bestimmte Vorschläge zu machen, müssen wir ablehnen. — **H. S. 075.** 615 021. — **S. S. 777.** 1. Ja. 2. Diese Frage ist an den Arzt zu richten. 3. Veröffentlichungen auf diesem Gebiete sind zurzeit nicht gestattet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag: Neitweise kälter, aber noch überwiegend heiß und namentlich im Küstengebiet an den meisten Orten leichte Regenfälle; in den Tagesstunden überall mild.

Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!
Am 12. Dezember 1914 verstarb in russischer Gefangenschaft unser Genosse, der Bauarbeiter
Heinrich Scholl
Bezirk III
200/19 Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bezirk Weißensee.
Auf dem Kampflatz in Rußland fiel am 12. Januar unser Genosse
Julius Schulz
9. Bezirk.
Am 1. Februar fiel in Rußland infolge Bajonetts der Genosse
Wilhelm Kersten
3. Bezirk.
Sozialdemokrat. Wahlverein Adlershof.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Steglitz.
Am 11. Februar starb unser Mitglied, die Genossin
Berta Plundke
(10. Bezirk.)
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr von der Halle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Die Säger treffen sich auf dem Friedhofe.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.
190/12

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlsche Adlershof.
Am 1. Februar fiel auf dem Schlachtfeld im Osten unser langjähriges Mitglied, der Tischler
Wilhelm Kersten.
Wir verlieren in ihm einen opferwilligen Kollegen, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.
97/2 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter - Radfahrer - Verein
Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sportgenosse
Karl Paul
bei einem Verkehr in Rußland am 31. Januar 1915 gefallen ist.
Sein treues und brüderliches Verhalten in unserem Kreise wird ihm ein ehrenvolles Andenken bei allen Sportgenossen sichern.
12/20
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Margarete Neumann
geb. Schmiedheim
nach langer, schwerer Krankheit gestorben ist.
Der trauernde Gatte
mit 4 Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am 20. Januar fiel unser lieber Geschäftsführer, der Corporal
Rudolf Peichl
R. A. Landwehr-Inf.-Regiment 13 im blühenden Alter von 30 Jahren.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Familie Landt
nebst Freunden u. Bekannten.
Du nichtest und so früh verlassen und von uns geht.
Wir können es immer noch nicht lassen.
Daß wir uns nicht mehr wiedersehen.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes
Paul Carow
sage ich allen Verwandten, Freunden und Kollegen, besonders den Kollegen von Sommerfeld, dem Metallarbeiterverband, dem Bahnerverein, den Sängern sowie dem Kollegen Hansbrock für die zu Herzen gehenden Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank.
11108
Auguste Carow, geb. Waedel.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspark.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Vorzugsweise für alle Krankefälle.
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannte Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt Mpl. 3014.

Verlag von Julius Springer in Berlin W 9
Soeben erschien:
Eine Frage!
Wie erhalten wir der Zukunft die erhebenden Kräfte dieses Krieges?
Von
Johannes Marbod
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes
Paul Carow
sage ich allen Verwandten, Freunden und Kollegen, besonders den Kollegen von Sommerfeld, dem Metallarbeiterverband, dem Bahnerverein, den Sängern sowie dem Kollegen Hansbrock für die zu Herzen gehenden Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank.
11108
Auguste Carow, geb. Waedel.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volkspark.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Vorzugsweise für alle Krankefälle.
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannte Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt Mpl. 3014.

Asthma mit Hustenanfällen und harter Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels **Rechte Asthma-tropfen**, beruht durch ihre Wirkung, zahlreichste Erfolge.
Fl. 2.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung.
Sprechstunden 11 1/2 — 2 u. 5 1/2 — 8.

FL. 1.50 u. 2.90 M
Feurig-Süßer
Santa Lucia
Stärkungs-Rotwein

Reiz Husten, Heiserkeit, rauhem Hals sind
Reichel's
Hustentropfen
in ihrer Wirkung einzig
Nur echt mit Marke „Medico“
50 Pf. R. 1.—
In Drogerien u. Apotheken, 100 nicht, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Wie neu geboren
fühle ich mich jetzt, denn innerhalb 4 Stunden wurde ich von einem sieben Meter langen Sandwurm ohne jegliche Beschwerden durch Reichels
Sandwurmmittel
befreit, nachdem ich mich fast ein Jahr lang über mein schlechtestes Aussehen u. häufigen Schwächeanfälle gewundert hatte. **Einfachste Anwendung!** Für Erwachsene 2 — 3 M., Kinder (Ältere annehmbar) 1.25 M. R. 1. — mit Marke „Medico“ u. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Wo in Drogerien nicht erhältlich, direkt. Zufend.

Spezialarzt
H. Sants, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, **Psittacose** jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren in u. Co. Konz. Laborat. Blutuntersuchung, Gaben i. Darm usw.
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, gegenüber Genopitium
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Eonorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.